

TAGESORDNUNG

ÖFFENTLICH

Bgm. Mag. **Nagl**: Zur Tagesordnung, und ich darf Sie bitten, Ihren Sitzungsspiegel zur Hand zu nehmen. Im Vorfeld haben die Klubobleute sich zusammengetan, um uns mitzuteilen, dass folgende Stücke schon als beschlossen gelten. Das Stück Nummer 4, das Stück Nummer 6), 7), 8) und 9), die Stücke 10) und 11), das Stück 12) gegen die Stimmen der SPÖ und im Punkt a) auch gegen die Stimmen der FPÖ, also das Stück Nummer 12), das Messequartier, Moserhofschlössl, wird gegen die Stimmen der SPÖ beschlossen und im Punkt a) auch gegen die Stimmen der freiheitlichen Partei. Das Stück Nummer 14) ist abgesetzt. Vom Nachtrag das Stück Nummer 16), das Stück Nummer 19), das Stück Nummer 20) bei der Ermächtigung des Vertreters der Stadt Graz im Stadtmuseum, das wird gegen die Stimmen der KPÖ und der FPÖ beschlossen, Stück Nummer 20) Stadtmuseum Graz, das Stück Nummer 21) bei mir betrifft das Eckwertbudget 2010, das ist gegen die Stimmen des BZÖ beschlossen, das Stück Nummer 22) gehört in die nicht öffentliche Tagesordnung.

4) A 8 041294/2009/0010

Land Steiermark;
Beitrag aus dem
Konjunkturausgleichsbudget in Höhe von
€ 3.333.333,00 für die Stadt Graz für
Infrastrukturprojekte

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß § 45 Abs. 2 Z 18 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 42/2010 wird der Abschluss des sich in der Beilage befindlichen und einen integrierenden Bestandteil bildenden Förderungsvertrages zwischen dem Land Steiermark und der Stadt Graz genehmigt.

6) A 8/4-24770/2010

Sonderwohnbauprogramm Mariatroster
Straße 186, Gdst.Nr. 485/3, 485/4, .57, EZ
122, KG 63127 Wenisbuch im Ausmaß
von 2.152 m²
Einräumung eines Baurechtes ab 1.1.2011
auf die Dauer von 55 Jahren

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 idgF LGBl. 41/2008 beschließen:

Die Stadt Graz räumt der ÖWGES, Gemeinnützige Wohnbaugesellschaft m.b.H. Schillerplatz 4, 8011 Graz (FN 57140f), an den Gdst.Nr. 485/3, 485/4, .57, EZ 122, KG 63127 Wenisbuch, ab 1.1.2011 auf die Dauer von 55 Jahren ein Baurecht im Sinne des beiliegenden Baurechtsvertrages ein.

7) A 8/4 – 756/2001

Burgring;
Gdst.Nr. 378 und Nr. 381 EZ 507, KG
63101 Innere Stadt
Dienstbarkeit zur Errichtung einer
Wasserversorgungsleitung

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl. 4172008, beschließen:

- 1.) Der Graz AG, Andreas-Hofer-Platz 15, 8010 Graz, wird die grundbücherliche Dienstbarkeit auf dem Grundstück Nr. 378, der Liegenschaft EZ 507, KG 63101 Innere Stadt eingeräumt, die im Lageplan Nr. 89-11-2009 vom August 2010 blau eingezeichnete Wasserversorgungsleitung samt Absperrung und Hydrant dauernd zu belassen, weiterzubetreiben, zu warten, zu erhalten, instandzuhalten und erforderlichenfalls zu erneuern.
- 2.) Der Graz AG, Andreas-Hofer-Platz 15, 8010 Graz, wird die grundbücherliche Dienstbarkeit auf den Grundstück Nr. 381 und Gdst.Nr. 378, der Liegenschaft EZ 507, KG 63101 Innere Stadt eingeräumt, die im Lageplan Nr. 89-11-2009 vom August 2010 rot eingezeichnete Wasserversorgungsleitung samt Absperrung und Hydrant und rot eingezeichnete Anschlussleitung samt Absperrung sowie Anschlussleitungen, abzweigend von der Versorgungsleitung in Absprache mit der Dienstbarkeitsgeberin zu errichten bzw. zu verlegen, dauernd zu belassen, zu betreiben, zu warten, zu erhalten und instandzuhalten und erforderlichenfalls zu erneuern. Hiefür ist eine einmalige Pauschalentschädigung von € 1.000,- zzgl. 20 % Ust. zu entrichten.

8) A 8/4 – 756/2001

Burgring;
Einräumung einer Dienstbarkeit Nr. 380
und Nr. 381, EZ 507, KG 63101 Innere
Stadt zur Errichtung einer
Fernwärmeleitung

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

Der Energie Graz GmbH & Co KG, Schönaugasse 65, 8010 Graz, wird die grundbücherliche Dienstbarkeit auf den Grundstücken Nr. 380 und Nr. 381, KG Innere Stadt eingeräumt, die im Lageplan Nr. Serv/10/020 vom 4.5.2010 rot eingezeichnete Fernwärmeleitung zu errichten und zu betreiben. Die Entschädigung beträgt hierfür € 500.00 zuzüglich 20 % Ust.

Alle mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Dienstbarkeitsvertrages verbundenen Kosten gehen zu Lasten der Energie Graz GmbH.

9) A 8/4 – 19989/2010

Viktor-Zack-Weg
Auflassung vom öffentlichen Gut und
unentgeltliche Rückübereignung des
Gdst.Nr. 522/266, EZ 50000, KG Andritz
im Ausmaß von 52 m²

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

- 1.) Die Auflassung des Gdst.Nr. 522/266, EZ 50000, KG Andritz, im Ausmaß von 52 m² aus dem öffentlichen Gut, wird genehmigt.
- 2.) Die unentgeltliche Rückübereignung des Gdst.Nr. 522/266, EZ 50000, KG Andritz, an Frau Irmtraud Dreml, Viktor-Zack-Weg 37, 8045 Graz, wird aufgrund des Bescheides vom 26.5.2010 der A 17 – Bau- und Anlagenbehörde, GZ. 036786/2009/0009, genehmigt.
- 3.) Sämtliche mit der Grundübereignung in Verbindung stehenden Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren gehen gemäß Bescheid zu alleinigen Lasten der Stadt Graz.

- 4.) Die Errichtung des Rückübereignungsvertrages und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch das Präsidialamt – Referat für Zivilrechtsangelegenheiten.

10) A 8/4 – 19747/2009

Ragnitzstraße

Gdst.Nr. 461/20, EZ 50000, KG Ragnitz mit einer Gesamtfläche von 561 m²

Auflassung aus dem öffentlichen Gut und unentgeltliche Übertragung an das Land Steiermark - Landesstraßenverwaltung

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

1. Die Auflassung des Gdst.Nr. 461/20, EZ 50000, KG Ragnitz mit einer Fläche von 561 m², aus dem öffentlichen Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
2. Die kostenlose Übertragung des in Pkt. 1 aus dem öffentlichen Gut der Stadt Graz aufgelassenen Gdst.Nr. 461/20, EZ 50000, KG Ragnitz, in das Eigentum des Landes Steiermark – Landesstraßenverwaltung wird genehmigt.

11) A 8/4 – 30661/2009

Neufeldweg – Petrifelder Straße –

Schrottenbachgasse

Übernahme in das öffentliche Gut der Stadt Graz der Gdst.Nr. 368/3, 368/4,

368/5 alle EZ 1345, KG Liebenau, im Gesamtausmaß von 862 m²

Abtretungsverpflichtung

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

Die Übernahme der Grundstücke Nr. 368/3, 368/4 und 368/5, alle EZ 1345, KG Liebenau, mit einer Gesamtfläche von 862 m², aus dem Eigentum der GWS Gemeinnützige Alpenländische Gesellschaft für Wohnbau und Siedlungswesen m.b.H., in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

12) A 8/4 – 11771/2007
A 10/BD-22483/2008-16

Messequartier – Infrastruktur

Bauabschnitt Moserhofschlüssel

a) Geh- und Radwegverbindung

Münzgrabenstraße –

Moserhofschlüssel Ausbau des Geh- und Radwegs

b) Gehsteig Münzgrabenstraße

Einräumung einer Dienstbarkeit des Gehens zugunsten der Stadt Graz auf immer während Zeit

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

- 1.) Der Erwerb einer ca. 474 m² großen Teilfläche (Trennstück Nr. 1) des Gdst.Nr. 1012, EZ 2188, KG Jakomini, aus dem Eigentum der Grazer Wechselseitigen Versicherung Aktiengesellschaft, zu einem Kaufpreis von € 56.880,-, und die Entrichtung der anteiligen Errichtungskosten für den Geh- und Radweg von € 91.719,- mehr oder weniger je nach endgültigem Vermessungsergebnis, werden zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.

- 2.) Die Übernahme der in Pkt. 1) erworbenen ca. 474 m² großen Teilfläche (Trennstück Nr. 1) des Gdst.Nr. 1012, EZ 2188, KG Jakomini, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
- 3.) Der Stadt Graz wird für den öffentlichen Gemeingebrauch die unentgeltliche grundbücherliche Dienstbarkeit des Gehens auf immer währende Zeit auf der Tfl.Nr. 2 (laut beiliegendem Teilungsplan) des Gdst.Nr. 1012, EZ 2177, KG Jakomini, welche sich im Eigentum der Grazer Wechselseitige Versicherung Aktiengesellschaft befindet, eingeräumt und nimmt die Stadt Graz diese Dienstbarkeitseinräumung an.
- 4.) Sämtliche mit der Errichtung, Unterfertigung und der grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages und des Dienstbarkeitsvertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren, einschließlich der Grunderwerbsteuer, gehen zu Lasten der Stadt Graz.
- 5.) Die Errichtung des Kaufvertrages und des Dienstbarkeitsvertrages sowie die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch das Präsidialamt – Referat für Zivilrechtsangelegenheiten auf Kosten der Stadt Graz.
- 6.) Die Bedeckung des Kaufpreises in der Höhe von € 56.880,- sowie des Anteiles der Stadt Graz an den Errichtungskosten in der Höhe von € 91.719,- zuzüglich der Nebenkosten von ca. € 8.500,-, somit insgesamt € 157.099,-, erfolgt auf der Fipos 5.61200.002200.

NT 16) Präs. 12437/2003-58

Vertretung der Stadt Graz in
Kommissionen, Vereinen, wirtschaftlichen
Unternehmen; Ersatznominierung für StR.
a.D. Elke Edlinger

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Anstelle von Stadträtin a.D. Elke Edlinger wird Frau Stadträtin Mag.^a Dr. Martina Schröck als Vertretung der Stadt nominiert:

- 1) als Mitglied in der N. Reyhani-Stiftung;
- 2) als Mitglied im Sozialausschuss des Österreichischen Städtebundes;
- 3) als Mitglied im Frauenausschuss des Österreichischen Städtebundes;
- 4) als Mitglied in der Generalversammlung und im Vorstand des Vereins „Regionale Wirtschafts- und Qualifizierungsinitiative Graz und Graz-Umgebung“.

NT 19) A 8 – 41290/2009-102

Personalamt,
Sammelnachweis 1 „Personalausgaben“,
Pensionen, Mehrdienstleistungen
Feuerwehr;
Nachtragskredit über insgesamt _____ €
2,8 Millionen in der OG 2010

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 42/2010 beschließen:

In der OG 2010 werden die Fiposse

1.00000.500000	„Feldbezüge der Beamten der Verwaltung“ um	€ 400.000,-
1.01120.500000	„Geldbezüge der Beamten der Verwaltung“ um	€ 200.000,-
1.08000.760000	„Pensionen und sonstige Ruhebezüge“ um	€ 600.000,-
1.16200.565000	„Mehrleistungsvergütungen“ um	€ 1.600.000,-

erhöht und die Fipos

1.97000.729000 „Sonstige Ausgaben“ um € 2.800.000,-

gekürzt.

NT 20) A 8 -18780/06-59

Stadtmuseum Graz GmbH;
Ermächtigung für den Vertreter der Stadt
Graz gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz 1967
Umlaufbeschluss
- Wahl in den Aufsichtsrat

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967 in der Fassung LGBl.Nr. 42/2010 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Stadtmuseum Graz GmbH, StR. Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher wird ermächtigt, mittels Umlaufbeschluss insbesondere folgendem Antrag zuzustimmen:

- Wahl in den Aufsichtsrat durch den Gesellschafter Stadt Graz:

Herr Wolfgang Skerget

Frau Sigrid Binder

Herr Dipl.-Ing. Dr. Günter Getzinger

Frau Dr. Anne-Marie Leeb

Frau Melitta Ranner

Herr Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Bernhard Hoffmann-Wellenhof

NT 21) A 8 – 41290/2009-67

Eckwertbudgets 2010,
Erhöhung der Abteilungseckwerte durch
Sparbuchentnahmen,
haushaltsplanmäßige Vorsorge

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 42/2010 beschließen:

1. In der OG 2010 werden folgende Fiposse geschaffen bzw. erhöht:

1.74900.755100	„Lfd. Transferz. an Unternehmungen (ohne Finanzuntern.) Jagdpachttopf“ um	€ 22.000,-
1.77100.755800	„Lfd. Transferz. an Unternehmungen (ohne Finanzuntern.)“ um	€ 20.000,-
1.78900.728300	„Entgelte für sonstige Leistungen“ um	€ 50.000,-
1.78900.728900	Entgelte für sonstige Leistungen“ um	€ 10.000,-
1.78900.755000	„Lfd. Transferz. an Unternehmungen (ohne Finanzuntern.) Mietunterstützung“ um	€ 30.000,-
1.27300.043000	„Betriebsausstattung“ um	€ 10.000,-
1.27300.457000	„Druckwerke“ um	€ 75.100,-
1.01100.728500	„Entgelte für sonstige Leistungen, Ärztehonorare“ um	€ 18.000,-
1.09100.728400	„Entgelte für sonstige Leistungen, „Verwaltungsakademie“ um	€ 13.000,-
1.01100.728210	„Entgelte für sonstige Leistungen“ Einschaltungen“ um	€ 20.000,-
1.01100.565300	„Mehrleistungsvergütungen“ um	€ 17.000,-
1.02900.728110	„Entgelte für sonstige Leistungen“ um	€ 25.000,-

1.25900.757000	„Lfd. Transferz. an priv. Organisationen o. Erwerbszweck“ SK 022 – „Verschiedene“ um	€ 55.800,-
1.24000.728040	„Entgelte für sonstige Leistungen“ um	€ 8.000,-
1.24000.757000	„Lfd. Transferz. an priv. Organisationen o. Erwerbszweck“ SK 001 – „Verschiedene“ um	€ 371.200,-
1.25900.777000	„Kap. Transferz. an priv. Organisationen o. Erwerbszweck“ um	€ 10.000,-
1.40100.500000	„Geldbezüge der Beamten der Verwaltung“ um	€ 150.000,-
1.43900.510000	„Geldbezüge der VBs der Verwaltung“ um	€ 150.000,-
1.41100.768100	„Sonst. laufende Transferzahlungen an private Haushalte, SH-Zahlungen“ um	€ 400.000,-
1.41360.728010	„Entgelte für sonstige Leistungen“ um	€ 569.500,-
1.41900.728300	„Entgelte für sonstige Leistungen, Privatheime“ um	€ 1.000.000,-
1.64000.619000	„Instandh. von Sonderanlagen“ um	€ 140.000,-
1.01800.457009	„Druckwerke, Kopierservice – MDPA“, um	€ 2.000,-
1.01800.042009	„Amtsausstattung, A 8/5W“, um	€ 1.000,-
1.01000.042000	„Amtsausstattung“ um	€ 60.000,-
1.01000.728980	„Entgelte für sonstige Leistungen“, um	€ 12.300,-
1.01050.614009	„Instandh. von Gebäuden, A 8/5 W“ um	€ 20.000,-
1.01510.400000	„Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens“ um	€ 10.000,-
1.01510.728700	„Entgelte für sonstige Leistungen, Internet“ um	€ 19.000,-

1.03110.728510	„Entgelte für sonstige Leistungen“ um	€ 57.400,-
1.52900.042200	„Amtsausstattung, Ökostadt“ um	€ 44.000,-
1.24000.020100	„Maschinen und maschinelle Anlagen“ um	€ 67.000,-
1.02900.614000	„Instandh. von Gebäuden“, um	€ 550.000,-
1.84200.775000	„Kap. Transferzahlungen an Unter- nehmungen“ (Anordnungsbefugnis: A 8/5) mit	€ 67.500,-
1.90000.755300	„Lfd. Transferz. an Unternehmungen“ SK 001 – „Verschiedene“ um	€ 250.000,-
1.90000.757100	„Lfd. Tansferz. an priv. Organisationen o. Erwerbszweck“ SK 001 – „Verschiedene“ um	€ 250.000,-
1.21100.614000	„Instandh. von Gebäuden“ um	€ 188.700,-
1.21200.614000	„Instandh. von Gebäuden“ um	€ 31.000,-
1.21200.020000	„Maschinen und maschinelle Anlagen“, um	€ 10.000,-

Zur Bedeckung wird die Fipos

1.97000.729000	„Sonstige Ausgaben“ um	€ 4.804.500,-
----------------	------------------------	---------------

gekürzt.

2. Die Eckwerte der genannten Abteilungen werden jeweils zu Lasten der jeweiligen Sparbücher wie folgt erhöht:

Abteilung	Wert alt	Wert neu
Abt. f. Wirtschaft und Tourismus	4.366.000	4.498.000
Kulturamt – Ressort Grabner	2.478.000	2.563.000
Personalamt	2.272.200	2.340.200
Amt für Jugend und Familie	47.847.300	48.617.300
Straßenamt	4.855.800	4.995.800

Magistratsdirektion	3.277.900	3.399.200
Abt. für Verkehrsplanung	837.900	895.300
Stadtschulamt	14.592.700	14.822.400
Umweltamt	1.722.800	1.766.800
Liegenschaftsverwaltung	12.376.600	12.993.600
Finanz- und Vermögensdirektion	47.840.200	48.340.200
Sozialamt	58.793.100	60.762.600

3. Basis für die Eckwertverhandlungen 2011 stellen jedenfalls die Eckwerte vor diesen angeführten Erhöhungen dar.

Die Tagesordnungspunkte 4), 6), 7), 8), 9), 10), 11), NT 16 und NT 19) wurden einstimmig angenommen.

Die Tagesordnungspunkte 12), NT 20) und NT 21) wurden mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: Bgm. Nagl

1) Präs. 11169/2003-26

Antrag auf Änderung des Statutes der
Landeshauptstadt Graz 1967 gemäß
§ 45 Abs. 2 Z. 17 Statut

Bgm. Mag. **Nagl**: Dann kommen wir zum ersten Stück, und bei diesem ersten Stück habe ich mir heute vorbehalten, auch dieses Stück persönlich vorzutragen, weil es ein Stück ist, das wir auch in der Stadtpolitik, oder ein Thema ist, das wir in der Stadtpolitik schon lange diskutieren und ich der Meinung war, dass es an der Zeit ist, dieses Stück auch einzubringen. Es geht um die Reduzierung der Anzahl der Stadtsenatssitze in der nächsten Periode von neun auf sieben, es geht in einem

zweiten Punkt um die Reduzierung der Anzahl der Gemeinderäte von 56 auf 48 und es geht drittens um die aliquote Anpassung für Prüfungsanträge an den Stadtrechnungshof. Dieses Stück wurde vom Präsidentialamt vorbereitet und hat neben diesen drei Punkten auch den Text mit dabei, dass der Gemeinderat mit qualifizierter Mehrheit dieses Stück beschließen solle, damit wir es als Petition ans Land Steiermark weiterschicken. Warum stelle ich einen solchen Antrag? Warum tue ich Ihnen und uns in der Politik das an? Wer heute und in den letzten Wochen und Monaten die Medien verfolgt hat, der wird feststellen, dass nach der Finanzkrise, Bankenkrise, Wirtschaftskrise jetzt sehr viele Staatshaushalte auf dem Prüfstand stehen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir jetzt auch von Bundesseite mit dem nächsten Budget, aber auch die neu konstituierte Landesregierung und der Landtag in den nächsten Jahren ordentliche Einschnitte haben werden. Wir arbeiten seit zehn Jahren an einem Konsolidierungspaket der Stadt Graz und wissen, dass Einschnitte notwendig sind, wenn ich mir die Ziffern des Landes Steiermark anschau, dass wir 890 Millionen Euro im nächsten Jahr erst finden müssen, wie wir die bedecken und wie viel man davon einsparen kann, wenn ich mir in Europa ansehe, was es in Frankreich bedeutet, wenn das Pensionsalter von 60 auf 62 angehoben wird, wenn ich mir ansehe, was gestern und in den letzten Stunden in England alles angekündigt wurde, wenn ich im Fernsehen mir mitanhöre, was die Harz-IV-Regelungen und -Bedingungen der neuen Arbeitsministerin gestern wieder für Auswirkungen haben, so möchte ich auch offen und ehrlich mitankündigen, dass bei all diesen Einsparungen, die von anderen Ebenen kommen werden, auch die Landeshauptstadt Graz sicher mitbetroffen wird. Wir selbst müssen nach wie vor zig-Millionen-Euro auch bei Einsparungen bei uns erst finden. Die Ertragsanteile im heurigen Jahr haben sich gut entwickelt und in einigen europäischen Ländern ist der Wirtschaftsmotor angesprungen, vor allem in Deutschland und in Österreich. Ich denke mir, dass dieser Wirtschaftsmotor deswegen angesprungen ist, weil wir auch in Österreich Unternehmungen, vor allem im technischen Bereich, haben, die Anlagen und Fabriken herstellen, die in der ganzen Welt wieder gefragt sind. Wir haben auch durchaus in den, vor allem in den letzten beiden Jahren, Bund, Länder und

Gemeinden dazu beigetragen, so gut wir konnten, dass es noch Aufträge in der Bauwirtschaft gibt und dass der Konsum durchaus auch in Österreich nicht zurückgegangen ist, aber es werden Einschnitte kommen für die Bevölkerung, für die Menschen, die in unserer Stadt leben, und da würde ich ganz gerne all diesen Menschen, wenn diese Dinge kommen, auch sagen, dass wir als Politikerinnen und Politiker ein Beispiel gesetzt haben und vorgehen und nicht in einer Debatte danach uns wieder jahrelang damit aufhalten, ob etwas passieren wird oder nicht. Ich habe auch gebeten darum, dass die Frau Dr. Hammerl, das Präsidialamt, ein bisschen ein Benchmark betreibt und sich anschaut, wie viel Kolleginnen und Kollegen gibt es denn im Stadtsenat, und Sie haben ja die Beispiele von Salzburg und Innsbruck, die ebenfalls mit fünf und sieben Stadtsenatsmitgliedern sparsamer umgehen, in Linz sind es zur Zeit acht, in Wien sind es 14, wobei man auch betonen muss, dass für fast zwei Millionen Menschen in Wahrheit neun Stadtsenatsmitglieder ein Pouvoir haben, die andern sind kontrollierende Stadtsenatsmitglieder, und deswegen bringe ich auch heute ein, dass wir es künftig mit der Zahl von sieben versuchen. Ich möchte aber auch anmerken, dass das auch möglich werden wird, weil wir viele Aufgabenbereiche, die bislang auch im Stadtgebiet selbst auch verwaltet wurden, auch in der Tagesarbeit verwaltet wurden, künftig bei unseren Beteiligungen durch die Neuregelung des Hauses Graz stattfinden werden und so bin ich felsenfest davon überzeugt, dass, so wie es keinen Wasserstadtrat mehr in Graz gibt, wird auch die Notwendigkeit eines Kanalbaustadtrates in Graz nicht mehr notwendig sein, der ich zurzeit selber bin, sondern, dass da vieles im Bereich der Dienstleistungen funktionieren wird. Selbstverständlich werden wir die Vorgaben weiterhin hier vom Gemeinderat aus tun und brauchen wir auch den einen oder anderen profunden Kenner, und ich sage auch Verhandlungspartner, mit unseren eigenen Betrieben. Wir haben, und dafür bin ich auch dankbar, gestern am Nachmittag mit den Klubobleuten eine zweistündige Aussprache gehabt und uns auch fest vorgenommen, dass wir speziell auch auf Wunsch des Klubobmannes, des Kollegen der Stadtregierung Karl-Heinz Herper noch viele offene Fragen zum Thema Statutenreform, Demokratiepaket, wie arbeiten wir mit Verwaltung, wie arbeiten wir mit der Politik, auch bis zum

nächsten Sommer noch klären werden, das heißt, es gibt das Versprechen von mir an Karl-Heinz Herper und an alle übrigen Klubobleute, dass wir uns regelmäßig treffen werden, um alle die Demokratiefragen, die es noch gibt, auch die, die noch offen sind aus den Bezirksbereichen bis hinein zu unserer, ich sage immer, Doppelverwaltung, wie wir sie leben etc. noch einmal diskutiert werden und auch statutarisch vielleicht noch so manches verändern können. Die Einsparungen sind auch hier angeführt, wir haben uns bestmöglich bemüht, die Personalkosten auch der Stadtratsbüros mitanzuführen und allein aus diesem Bereich heraus kommt man drauf, dass das in einer Periode dann einmal fünf Millionen Euro sein werden, da sind keine Sachaufwendungen, da sind keine Mieten, keine Heizung und all diese Dinge mit berücksichtigt, das heißt, es wird weit über diesen Betrag hinausgehen, und das ist ein massiver Einschnitt auch in die Politik. Und mein Wunsch war es aber auch, weil es Aufgabe der Politik ist voranzumarschieren, auch mit einem eigenen guten Beispiel unterwegs zu sein. Und ich weiß, wir werden auch in den nächsten Jahren noch viele Dinge finden, wo wir auch noch Einsparungen treffen werden können und das wird nicht das einzige Beispiel sein. Die Politik hat es übrigens, und das sei am heutigen Tag auch in Richtung Medienvertreter noch einmal angemerkt, in den letzten Jahren auch immer wieder in vielen kleineren Schritten getan. Es gibt für Politikerinnen und Politiker seit 1998 keinen Euro und keinen Cent Abfertigung mehr, es gibt seit dem Jahre 1998 für Politikerinnen und Politiker auch keine Pension mehr, es gibt seit Jahren keine Vorrückung mehr, weil die Politik darauf verzichtet hat und das Gehalt eingefroren wurde. Ich weiß jetzt gar nicht, wie viel Jahre das auch für uns schon jetzt so der Fall ist. Ich denke mir, dass es an der Zeit ist, darüber nachzudenken, die Demokratiefreundlichkeit solcher Beschlüsse haben wir ja debattiert, vor allem was Minderheitenrechte anbelangt, deswegen ist dieser dritte Punkt einmal dabei, in Richtung Stadtrechnungshof, es sind noch Fragen zu klären, ab wann ist dann für uns eine Fraktion eine Fraktion, sind es bei drei, sind es bei zwei? Wie schaut die Zusammensetzung der Ausschüsse aus, da geht es ja jedes Mal zu Beginn auch darum, eine Größenordnung festzulegen und dann de facto nach dem d'Hondtschen System auch wieder so aufzuteilen, dass in den Ausschüssen dieselben Ergebnisse

zustande kommen wie hier im Gemeinderat. Es ist ein Stück, wo ich auch jenen dankbar bin, die sich zu Wort gemeldet haben und gesagt haben, Herr Bürgermeister, da bin ich nicht deiner Meinung. Da gibt es wahrscheinlich einige auch heute noch unter Ihnen, die sagen nicht nur offiziell als Fraktion, wir sind dagegen, das gibt es auch, aber es gibt auch viele, die hier zögerlich die Hand heute dazu heben werden. Sie haben in den Medien gefunden, dass auch diese Diskussion auch in meiner eigenen Fraktion nicht friktionsfrei über die Bühne geht, und ich bedanke mich auch bei all jenen, die darauf hinweisen, dass Politik sich nicht selbst komplett abschaffen darf und dass das alles nur in einem Verhältnis passieren darf, dass man das auch als Einsparung bezeichnen kann, die aber Politik weiterhin ermöglicht. Es gab die Diskussionen in den Klubs, auch in meinem eigenen, ich freue mich, dass wir aber auch gestern schon zur Überzeugung gekommen sind, dass wir das als gutes Beispiel für die Bürgerinnen und Bürger von Graz tun sollen und ich weiß, dass sich da manche dabei schwertun. Ich denke mir aber, dass wir auf so vielen Ebenen der Politik für die Menschen da sind, zur Zeit einen, aus meiner Sicht, fürchterlichen Ruf haben als Politikerin oder als Politiker, ich würde das gerne wieder ändern, deswegen habe ich auch nicht nur den einen Vorschlag gemacht zu sagen, sagen wir die Wahrheit, auch beim Budget, gehen wir mit gutem Beispiel voran, sondern ich habe auch die Klubs schon damit beschäftigt, dass ich sage, ich möchte das System nicht von innen heraus verändern, das können wir oft nicht aufgrund der gesetzlichen Regelungen, aufgrund der vielen Gebietskörperschaften, denen wir immer wieder Petitionen schicken, auch aufgrund des eigenen Verhaltens in unseren Fraktionen, je nachdem, was man gerade ist, regiert man mehr oder ist man mehr Opposition, kommen all diese Debatten, Proporz abschaffen, ja oder nein. Zum Schluss schafft es die Politik nicht und dann sind Menschen frustriert, wenn sie nur alle paar Jahre einen Kugelschreiber von uns in der Gasse draußen bekommen und sagen, ich gehe nicht mehr zur Wahl, ich denke mir, und da bin ich Ihnen auch dankbar für die gestrige Diskussion, vor allem unseren Klubobleuten, dass auch das Thema des Handreichens in wichtigen Fragen in der Stadt Graz, dass das ein Thema ist. Ich träume davon, dass wir in der Stadt Graz die erste Stadt sein werden, die

Bürgerbeteiligung in der gesamten Vielfalt lebt, es gibt für mich viel Bürgerbeteiligung, einmal so, wie wir es leben, weil wir sind auch Bürgerinnen und Bürger und haben uns direkt eingebracht, es gibt die Bürgerinitiativen, wo es immer aufflammt, wenn es ein Problem vor der Haustüre gibt, die dann, wenn das erledigt oder auch nicht erledigt ist, wieder weg sind, es gibt Menschen, wie jene Persönlichkeiten, die beim Projekt „Zeit für Graz“ mitgearbeitet haben, da geht es nicht nur um eigene Interessen, sondern die wollen schon mitgestalten und ich glaube, dass es künftig auch wichtig sein wird, neben all diesen Beteiligungsformen auch die große Beteiligung wieder zumindest mitanzudenken, wir haben das Modell gestern einmal in groben Zügen einmal vorgestellt, ich bedanke mich auch, dass die Klubobleute versprochen haben, das jetzt zu diskutieren in den Klubs und da auch noch Verbesserungsvorschläge einzubringen, vielleicht schaffen wir neben dem Volksrechtegesetz und all dem, was gesetzlich möglich ist, auch eine Bürgerbeteiligung, wo Menschen das Gefühl haben, mitbestimmen zu können, das muss ein ehrlicher und sauberer Zugang sein der kontrolliert wird, da muss das Pro und Kontra, das offiziell von der Stadt kommt, im Gemeinderat und im Stadtsenat auch jeweils beschlossen werden, aber es könnte auch dazu führen, dass Menschen auch wieder das Gefühl kriegen endlich, wie in der Schweiz oder wie in skandinavischen Ländern, die Politiker meinen es mit Bürgerbeteiligung ernst und nehmen das nicht nur als eine lästige Verpflichtung wahr, wenn es wieder einmal irgendwo brennt. In diesem Sinne darf ich heute darum ersuchen, diesem Stück auch die notwendige Mehrheit zu geben, das Erfordernis der erhöhten Mehrheit bedeutet mindestens 38 Anwesende und die Zustimmung von mindestens 29 Mitgliedern des Gemeinderates.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Verfassung, Personal, Organisation, EDV, Katastrophenschutz und Feuerwehr den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z 17 iVm § 45 Abs. 3 lit d) des Statutes mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit beschließen,

1. an das Land Steiermark den Antrag auf Änderung des Statutes der Landeshauptstadt Graz LGBl.Nr. 130/1967 idgF LGBl.Nr. 42/2010 zustellen, dies im Sinn des einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildenden Entwurfs dahingehend, dass die Anzahl der Stadtsenatssitze von neun auf sieben reduziert wird,
2. an das Land Steiermark den Antrag auf Änderung des Statutes der Landeshauptstadt Graz LGBl.Nr. 130/1967 idgF LGBl.Nr. 42/2010 sowie der Gemeindewahlordnung Graz 1992, LGBl.Nr. 42/1992 idgF LGBl.Nr. 79/2007 zustellen, dies im Sinn des einen integrierenden Bestandteil dieses Berichts bildenden Entwurfs dahingehend, dass die Anzahl der Gemeinderäte von 56 auf 48 Mitglieder reduziert wird und das Antragserfordernis für Prüfungsanträge an den Stadtrechnungshof von 7 auf 6 Gemeinderatsmitglieder reduziert wird,
3. wobei die Änderungen des Statutes bzw. der Gemeindewahlordnung Graz jeweils mit Wirksamkeit zur nächstfolgenden Gemeinderatswahl in Kraft treten sollen.

StR. **Herper:** Werte Kolleginnen und Kollegen! Es war sicher nicht einfach, sich diesen großen Ruck zu geben, sage ich ganz selbstkritisch, ich erlebe ja die Diskussion um Reduktion von Stadtregierung und Gemeinderat ja schon zwei Perioden lang. Wir waren ja schon in intensiven Verhandlungen, angedacht wurde das schon seit Jahren. Zurückgestellt, von der Tagesordnung genommen, Klubobleuteberatungen gab es schon en masse. Aber im Lichte der Ereignisse, die auch die Bürgermeisterin einer politischen Szenerie beschrieben hat, kulminierend jetzt am Beispiel Stuttgart 21 scheint mir, dass wir einer neuen Rolle der Politik, einer neuen Rolle der plebiszitären Politik der Ausgestaltung unserer demokratischen Realverfassung in Konnex mit der direkten Demokratie entgegengehen. Wir gehen sicher einem neuen Zeitabschnitt entgegen, es geht um die Gewichtung beider Seiten, es geht um das Image der

Politik, der Politikerinnen und Politiker, den Stellenwert, den wir in der Gesellschaft haben und den wir auch bereit sind, auszuüben und gestaltend einzugreifen. Wir haben uns entschlossen, der Verkleinerung von Stadtsenat und Gemeinderat unsere Zustimmung heute zu geben, weil wir wissen, dass wir auch Verantwortung tragen gegenüber unserer Bevölkerung, die ja schon seit Jahren und demnächst wieder sehr stark auf Bundes-, Landes- und Stadtebene mit auch Belastungen und Sparkurse eingeschworen wird, wir wissen, dass unsere eigenen im Haus tätigen Magistratsbediensteten seit 2004, seit der Aufgabenkritik, gravierende Einsparungen, Mehrbelastungen, Leistungsreduktionen in Kauf nehmen mussten. Wir haben also als Politik auch eine Gesamtverantwortung und als Beispiel gegenüber der Bevölkerung und den eigenen städtischen Bediensteten, es ist deshalb nur ein logischer Schluss, dass wir dieser Entwicklung Rechnung tragen, das ist aber nur zu wenig, eine Reduktionskost ist zu wenig, deswegen bedanke ich mich bei dir, Herr Bürgermeister, bei den Klubobleuten der anderen Fraktionen, dass es zu diesem Demokratiepaket kommen wird bis zum Sommer 2011, da ja noch einige ungelöste Fragen im Raume stehen. Da ja noch einige kritische Punkte zu beantworten sind, die du schon angerissen hast, ob das nun die Klubstärke ist, ob das nun die Zusammensetzung von Gemeinderatsausschüssen ist, ob das nun viele andere Fragen sind, die damit zusammenhängen, die ja noch offen sind. Uns geht es natürlicherweise, wenn es um Reduktion geht, weil irgendwann gibt es ja auch das Ende einer Fahnenstange, weil wir können ja auch bei Null landen, wenn es der Wunsch mancher ist, nämlich in unserer Gesellschaft, das wird es aber sicher nicht spielen, die Politik hat auch Verantwortung zu übernehmen, deswegen gilt es auch, mehr Rechte für Gemeinderätinnen und Gemeinderäte einzufordern, eine Stärkung der Rechts- und Kontrollfunktion der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, es geht um weiteren Ausbau der Bezirksdemokratie, wo wir begonnen haben, aber fortsetzen müssen, es geht um Stärkung, wie du schon angerissen hast als Begleitmusik, nicht nur um BürgerInnenbeteiligung, wir sind ja die Stadt der Bürgerinitiativen seit zwei Jahrzehnten, es geht nicht nur um „Mehr Zeit für Graz“ und um Bürgerplattformen und Aktivbürgerinnen und -bürger, es geht einfach um die, nicht nur Beteiligung, es

geht auch um die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger und deswegen geht es auch um mehr Rechte, ob das nun in Planungsprozessen ist oder ob das die Frage von BürgerInnenbefragungen sind, die derzeit in Beratung sind und uns gestern in der Klubobleutekonferenz vorgelegt wurden. Ich würde mir wünschen, mit dem Slogan „mehr Demokratie wagen in Graz“, wenn, so wie vor Jahren, Initiativen demokratiepolitischer Natur von Graz ausgingen und auch eine Sprengkraft entwickeln würden für die Landes- und für die Bundesebene, in Deutschland ist die Diskussion nämlich entbrannt am Beispiel Stuttgart, wie sehr können Bürger noch nachträglich, nachdem alle rechtskonformen Prozesse abgelaufen sind, in den Prozess eingreifen, wie viel dürfen sie, erstmals ist ein Schlichter eingerichtet worden, wie bislang nur bei Tarifverhandlungen, also alle Fragen, wenn diese Initiative von Graz ausginge, die mehr beinhaltet als nur die Reduktion von Politikerinnen und Politikern, sondern wirklich eine Demokratieoffensive beinhaltet würde, dann würde ich sehr stolz sein auf dieses Beispiel, und deswegen werden wir auch diesem Stück unsere Zustimmung geben. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kollegen, werte Damen und Herren! Siegfried Nagl, I have a dream, so kommt mir das ein bisschen vor. Selbstverständlich sind wir als Freiheitliche bei dieser Geste des Sparwillens auch mit an Bord. Eines ist klar, das Budget werden wir damit nicht sanieren, aber es ist in diesen wirtschaftlich angespannten Zeiten sicher auch eine richtige Geste gegenüber den Bürgern. Wir Freiheitliche haben auch in der Vergangenheit immer wieder dieses Thema hier eingebracht, mein Kollege Harald Korschelt hat mehrere Anträge eingebracht, auch meine Vorgängerin Maxie Uray-Frick war hier immer aktiv. Wir haben aber auch immer auf sinnvolle Einsparungen gedrängt, sinnvolle Einsparungen auch bei den Politikern, aber nicht bei der Demokratie. Wie das hier in den letzten Tagen und Wochen auf uns gekommen ist, so entsteht auch der Eindruck, dass es sich hier in gewisser Weise um einen Schnellschuss des Bürgermeisters auch handelt. Ich

meine, vorausgegangen ist dem eine verlorene Wahl, wir wissen das alles, jetzt muss natürlich alles schnell, schnell gehen, um das Wählervolk auch wieder zu beruhigen. Denn eines darf man nicht vergessen, diese ganze Maßnahme tritt ja erst im Jahr 2013 in Kraft, ich meine, wir hätten uns da schon das eine oder andere Monat mehr Zeit lassen können. Aber wir haben gestern auch den Anfang gesetzt, in einer Klubobleutekonferenz haben wir uns hier zusammengesetzt und auch wichtige Punkte, die noch nicht in diesem Stück zugehen sind und Inhalt dieses Stücks sind, andiskutiert, und das möchte ich hier noch einmal unterstreichen und auch vehement darauf drängen, dass diese Punkte nicht vergessen werden, wie das so oft passiert, das ist das Demokratiepaket, das ist die Frage des Klubstatus, das ist auch die Frage natürlich der Parteisubventionen, wie wird das in Zukunft geregelt, und hier muss unbedingt noch ein Paket in diese Richtung folgen. Eines ist aber auch klar, die Stadt Graz ist vor wachsende Herausforderungen gestellt, wir haben nicht nur eine steigende Bevölkerungszahl, sondern auch andere Herausforderungen, denen wir uns zu stellen haben und das bedeutet nicht unbedingt weniger Arbeit für den Gemeinderat. Und deswegen muss hier eine Einsparung personeller Natur natürlich gut überlegt sein. Aber wir haben auch oder wir laufen auch natürlich Gefahr, dass dieser Gemeinderat hier zu einem reinen Beamtenparlament verkommt. Herr Bürgermeister, allein in ihrer Fraktion sitzen 17 Gemeinderäte, die mehr oder weniger im öffentlichen Dienst beschäftigt sind und wir, das muss uns natürlich klar sein, Menschen in der freien Wirtschaft, in den freien Berufen, Arbeiter, aber auch Angestellte in der Privatwirtschaft, für die wird es nicht leicht werden, in Zukunft, weil natürlich mehr an Ausschussarbeit auf sie zukommen wird, hier so einfach frei zu bekommen und immer, wenn diese Ausschüsse tagen, auch zugehen zu sein. Hinsichtlich der Stadtregierung ist es so, dass es ja in Wirklichkeit auch da genügend Arbeit gibt und Verantwortlichkeit für die Regierungsmitglieder, weil man muss sagen, eine Einsparung von zwei Mitgliedern bedeutet ja nicht eine Einsparung von Ressorts, die Ressorts wird es ja auch weiterhin geben. Es werden halt dann bei anderen oder die Mitarbeiter oder die Referenten werden halt dann bei anderen Stadträten angesiedelt werden, also da insofern stimmt auch die Rechnung in diesem

Stück nicht ganz, da hat man natürlich versuch, schön und medienwirksam hier auf die eine Million an Einsparungen zu kommen. Nichtsdestotrotz diese Einsparung ist für uns vertretbar auch im Sinne unserer jahrelangen Forderung. Bei den Gemeinderäten ist es bei uns Freiheitlichen so, nach langer Diskussion, nach Abwägung aller Für und Wider, dass wir uns gegen eine Reduktion auf 48 aussprechen, aber auch dennoch hier eine Einsparung und zwar bei den Gehältern, diese könnte man in Zukunft auf Grundlage von 48 budgetieren, aussprechen, weil wir, wie ich vorhin erwähnt habe, hier einfach auch Gefahr sehen, dass eine Einsparung beim Gemeinderat kontraproduktiv ist. Dementsprechend möchte ich hier um eine getrennte Abstimmung ersuchen. Am Schluss, ich habe die Hoffnung, dass diese Einsparung an Köpfen nicht auch eine Einsparung der politischen Qualität in der Stadt Graz bedeutet. Danke (*Applaus FPÖ*).

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrte Damen und Herern des Gemeinderates! Es freut mich, dass heute ein Stück auf der Tagesordnung ist, das zumindest beinhaltet die Einsparung oder die Reduzierung der Stadtsenatsmitglieder von neun auf sieben. Wir Sie ja auch wissen, hat die KPÖ seit den 90er-Jahren, das erste Mal hat Ernest Kaltenegger in diesem Haus diesen Antrag gestellt. Das wurde eigentlich immer abgetan, als Populismus bezeichnet, im Jahr 2007 bin ich selbst noch hier am Rednerpult gestanden und da haben eigentlich alle Fraktionen konnten damals mit einem Antrag dieser Art nicht mit. Deshalb freut es mich heute besonders, dass es jetzt möglich ist, auch wenn ein umfassendes Demokratiepaket noch immer nicht geschlossen ist, denn das war damals immer die Ausrede, warum man, also die Reduzierung der Stadtsenatsmitglieder nicht beschließen kann, eben weil ein Demokratiepaket noch ausständig ist. Es ist schon sehr viel gesagt worden rund um dieses Demokratiepaket, die KPÖ hat hier natürlich auch einige Forderungen, aber wir werden auf alle Fälle in diesem Gemeinderatsstück den Teil zur Reduzierung der Stadtsenatsmitglieder mittragen, aber zur Reduzierung des Gemeinderates von 56

auf 48, das wollen und können wir nicht mittragen aus verschiedenen Gründen. Wir sind sehr stolz hier in Graz, dass es einen Bevölkerungszuwachs gibt, der Herr Bürgermeister träumt auch von einer noch größeren Bevölkerung von noch mehr Einnahmen, noch mehr Ertragsanteilen und alles, was damit zusammenhängt, das wäre ja wunderbar, aber im Gegensatz zu den Stadtsenatsmitgliedern hat jeder einzelne Gemeinderat einen direkten Bezug zur Bevölkerung, das heißt, also Gemeinderäte sind auch direkt für die Bevölkerung permanent im Einsatz, und aus diesem Grund ist es für uns demokratiepolitisch eigentlich nicht nachvollziehbar, warum man gerade den Gemeinderat verkleinern soll, der eben die Achse direkt zur Bevölkerung ist. Einsparungsmaßnahmen, wenn wir unsere Anträge, da möchte ich natürlich auch sagen, dass die FPÖ unsere Anträge in der vergangenen Periode diesbezüglich unterstützt hat, wenn das schon für diese Gemeinderatsperiode sozusagen umsetzbar gewesen wäre und das nicht ewig verzettelt worden wäre, dann hätten wir schon einige Millionen hier im Haus eingespart, die wir natürlich, hoffe ich, erst in Zukunft einsparen werden. Deswegen möchten wir auch eine getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte, die KPÖ wird dem Punkt 2, also der Reduzierung des Gemeinderates nicht zustimmen, aber den restlichen Punkten schon. Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Jahn:** Zum Thema Verkleinerung Gemeinderat und Stadtsenat hat es bei uns natürlich auch, wie in allen anderen Fraktionen, sehr intensive und durchaus auch sehr kontroversielle Debatten gegeben. Ich denke, da ist es uns eh allen gleich gegangen. Wir Grüne haben aber der Verkleinerung der Gremien dann unter bestimmten Voraussetzungen auch zustimmen können und diese Voraussetzungen für uns sind, wenn wir auch in der oberen Ebene Einsparungen vornehmen, also beim Gemeinderat und beim Stadtsenat, dann ist es extrem wichtig, dass auf den unteren Ebenen zusätzliche Maßnahmen gesetzt werden. Und in diesem Zusammenhang sind ja auch schon einige Umsetzungsschritte passiert. Da gibt es die Reform der

Bezirksdemokratie, die noch weiter voranschreiten muss, wo erste Schritte gesetzt worden sind und wo wir auch gestern vereinbart haben mit den Klubobleuten, dass sehr viele und weitere auch folgen müssen und dass wir uns bis nächstes Jahr im Sommer hier auch weitere Maßnahmen überlegen. Es gibt das Projekt Zeit für Graz, mehr Zeit für Graz, der BürgerInnenbeirat ist eingesetzt, er hat sich etabliert, er funktioniert sehr gut, es gibt die Liste der Projekte und es gibt auch schon zahlreiche Projekte, die bereits umgesetzt sind erfreulicherweise, wie zum Beispiel das Mädchenzentrum oder auch ein anderes wichtiges Beteiligungsprojekt, das Jugendbeteiligungsprojekt. Da gibt es auch die begleitende Steuergruppe, das schaut sehr gut aus, es ist gut angelaufen und ist auch ein wichtiger Beitrag, um gerade auch die jungen Menschen wieder mehr für Demokratie zu begeistern und auch zu beteiligen bei unseren städtischen Projekten. Wir haben auch den Kindergemeinderat eingeführt, auch daran möchte ich erinnern, das war ein Antrag von Sigi Binder, ist auch ein Element, das zeigt, dass uns die Mitsprache und auch das Einbeziehen von den Kleinsten wichtig ist zusätzlich zur Maßnahme des Kinderparlaments. Derzeit sind wir mitten in der Debatte zum Thema Volksbefragung, die uns auch als Grüne sehr wichtig und relevant erscheint, gerade wenn wir sehen, dass die Beteiligung an diversen Wahlen unter die 50%-Marke sinkt, wie wir das in Graz in einzelnen Bezirken ja leider auch vermerken haben müssen; Lend, Gries zum Beispiel, da haben wir einen großen Handlungsbedarf und auch in dem Zusammenhang sind wir ja im Austausch, um zu schauen, wie derartige Befragungen sinnvollerweise auch vonstatten gehen können. Auf die Budgetrelevanz ist ja vorhin schon hingewiesen worden und als letzten Punkt möchte ich nur noch der Vollständigkeit halber erwähnen, die Ina Bergmann hat es ja schon gesagt, es gibt ja schon seit längerem die Debatte dazu, ich verfolge sie mit seit 2004, weil ich damals auch schon im Gemeinderat war, und damals war es der Kollege Korschelt, der auch für die FPÖ ziemlich denselben Antrag eingebracht hat, was wir heute eben als Gemeinderatsstück der Beschlussfassung vorlegen. Das sei nur der Vollständigkeit halber auch hier erwähnt, dass es hier halt scheinbar bei der freiheitlichen Partei zu

einem Gesinnungswandel gekommen ist im Zusammenhang mit diesem Thema. Dankesehr (*Applaus Grüne*).

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind natürlich sehr froh, dass jahrelange Forderungen des BZÖ, dass wesentliche Eckpunkte unserer Politik...

Zwischenruf GR. Eichberger: Jahrzehntelange Erfahrung?

GR. **Schröck**: Es sind nicht alle solche Polit Dinosaurier wie du, ...dass wesentliche Eckpunkte unserer Politik nun doch endlich beim Herrn Bürgermeister Gehör finden und ein erster Schritt gesetzt wird ein Signal an die Bevölkerung, an die Grazerinnen und Grazer zu senden, dass auch die Politik bereit ist, zunächst einmal an sich selbst zu sparen, schmerzhaft Einschnitte an sich selbst durchzuführen, bevor wir wieder einmal ins Säckel der Steuerzahler greifen. Ich finde es aber auch wichtig und herausstreichenswert, dass auf die Punkte und Vorschläge, die der Stadtrat Herper dankenswerterweise eingebracht hat, die sehr wichtig und richtig sind, eingegangen wird und dass diese Punkte auch ehrlich und schonungslos in Zusammenarbeit mit allen anderen Parteien behandelt werden und dass weiter an weiteren Einsparungsmöglichkeiten, an einer Reform des Statuts und an diesem sogenannten Demokratiepaket, wo auch die Minderheitsrechte nicht vergessen werden sollten, gearbeitet wird, deswegen stimmen wir natürlich mit voller Überzeugung diesem Stück zu. Danke.

StRin. **Kahr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Grazer Gemeinderat! Es gehört nicht zu einer Tradition der KPÖ, dass wir zu einem Thema uns in der Regel zweimal melden. Ich erlaube mir das aber heute trotzdem, noch einige Bemerkungen zu dem, was meine Kollegin Ina Bergmann schon angesprochen hat, zu sagen und zwar deshalb, weil das Thema durchaus sehr ernst ist. Auch wenn das in den letzten, wann war das? 1998, das sind fast 15 Jahre von eigentlich hier allen Parteien, wenn wir das zur Sprache gebracht haben, belächelt worden ist, gesagt worden, wie die Ina schon gesagt hat, als populistisch hingestellt worden ist, ich erspare Ihnen hier wirklich die unzähligen Bemerkungen von VorgängerInnen teilweise, die sind hier ja heute gar nicht mehr anwesend, wo wirklich mit Zähnen und Klauen hier argumentiert worden ist, warum das nicht geht, vor allem auch wenn es um Privilegien, und auch wenn hier immer wieder betont wird, was alles MandatarInnen hier leisten, was ja auch stimmt zum Teil, aber wir sind trotzdem als Politiker und Politikerinnen privilegierte Menschen in dieser Gesellschaft. Und das muss man einmal sehen von dem Einkommen und Bezügen her genauso wie von den Möglichkeiten an der gesellschaftlichen Teilhabe. Wir haben uns entschieden für diesen Weg und dann darf man das auch nicht bejammern, wie viel Arbeit wir haben, sondern das ist ein Weg, jeder hat eine Überzeugung und das nehme ich einmal an, dass man dafür durchaus auch die Frage stellen darf, inwieweit heben wir uns auch von unseren Gehältern und Bezügen von der Mehrheit der Bevölkerung ab, und das tun wir in einem großen Stil. Sie kennen unsere Bezügeregelungen unserer eigenen Partei, das ist der Grund, warum wir das auch tun. Die Reduzierung der Stadtsenatsmitglieder jetzt von neun auf sieben, das ist gut, dass wir das heute beschließen und da bin ich auch sehr froh. Ich möchte aber davor warnen, der Herr Bürgermeister hat das heute in sehr schönen Worten gesagt, dass wir mit gutem Beispiel hier vorgehen müssen als Politiker, das ist fast wortident mit dem, was meine KollegInnen in der Vergangenheit immer gesagt haben, aber ich bitte doch um eines, das nicht in einem Zusammenhang zu sehen, wenn man gleichzeitig hier ankündigt, es wird Leistungseinschränkungen in der Stadt Graz geben. Ich fürchte das leider auch, aber das als Argument herzunehmen künftighin,

wir sparen ja bei uns selber auch, deshalb müsst ihr jetzt noch einmal bereit sein zu sparen und vor allem hoffe ich doch nicht, jene Bevölkerungsgruppe, die kaum mehr jetzt schon über die Runden kommt und ich hoffe, dass wir hier einmal in dem Haus auch Gelegenheit haben, genauer drüber zu reden, nämlich nicht nur uns immer die Armutsberichte anzuschauen von anderen Gebietskörperschaften, das wollte ich hier in dem Zusammenhang einfach sagen. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Eine Abschlussbemerkung auch noch von mir. Wenn man als Einzelperson weiß, dass Schulden da sind, wenn man als Einzelperson weiß, dass man mehr ausgibt als man jährlich einnimmt, dann bleibt einem de facto nur eines über, mehr arbeiten und weniger ausgeben.

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Zur Bank gehen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielleicht kommen viele zu dir in die Bank, ich würde aufpassen. Du kannst nur sparen und du kannst fleißiger werden und noch mehr arbeiten. Ich sehe das durchaus auch so, dass auf der einen Seite, und deswegen hat es in den letzten Jahren ja auch keine Einigung gegeben, ein Haus Graz noch nicht beschlossen war, wo viele Aufgaben, die heute noch Stadtsenatsmitgliedern zugeordnet sind, einfach in der Form nicht mehr da sein werden, und darüber hinaus wird auch jeder einzelne von uns auch verstärkt noch da sein müssen, wenn wir die Anzahl reduzieren. Ich habe es in den letzten Tagen sehr oft gesagt, wir haben seit 1998 jedes Jahr Demokratiepakete verhandelt und jedes Mal haben es die Fraktionen unterschiedlich genutzt, keiner wollte in Wahrheit immer dem zustimmen, was der andere gerade

vorgeschlagen hat. Wir haben uns im Kreis gedreht, ich weiß nicht, in wie vielen Sitzungen, bis ich irgendwann einmal damit aufgehört habe, weil es keinen Sinn gemacht hat. Wir haben in diesen Regierungsverhandlungen zwischen ÖVP und den Grünen auch vereinbart, dass es zu dieser Reduzierung kommen soll und ich bin heute dankbar, wenn doch eine so große Mehrheit von Gemeinderatsmitgliedern ihre Hand heben, dass wir diesen Schritt tun, weil, und das habe ich den letzten Tagen sehr oft erzählt, in einem Gespräch von Martin Titz, Herrn Gemeinderat, hat er mir einen Satz mitgegeben, den ich da heute auch noch einmal vorbringen möchte. Erich Kästner hat einmal gemeint, viel wichtiger als das Sagen ist das Tun. Und wichtiger als das Tun ist das Sein, und wenn Politik und Politikerinnen und Politiker wieder glaubwürdig werden wollen, dann müssen wir vom Sagen wegkommen zum Handeln, das tun wir heute, aber es ist noch viel wichtiger, dass wir auch in all dem, was wir neben der Reduzierung tun, und da bin ich durchaus auch bei der Kollegin Elke Kahr, auch sehr glaubwürdig darstellen, dass wir mit unseren Mitteln sorgsam umgehen, dass wir die Schwächsten nicht vergessen, aber, und das sage ich auch dazu, die Leistungsträger in unserem Lande, in unserer Stadt nicht vergessen, weil sie müssen auch das Geld erst einmal hereinbringen und abliefern, im heurigen Jahr im Übrigen vielleicht auch eine positive Ziffer für Sie, die Kommunalsteuern in der Landeshauptstadt Graz gehen Gott sei Dank wieder über das hinaus, was wir erwartet haben, das heißt, sie steigen wieder kontinuierlich und gehen jetzt langsam aber sicher in Richtung 100 Millionen Euro, das liefern Menschen ab, die fleißig sind, damit andere Menschen, denen es nicht so gut geht, auch ein Auskommen haben und deswegen müssen wir immer versuchen, diese Balance zu halten zwischen denen, die wir unterstützen, aber auch all jenen, die diese Leistungen erbringen, dazu gehören auch sehr, sehr viele hier, und auch zwei Dinge noch zum Kollegen Sippel. Also der Schnellschuss von 1998 den schaffe ich nicht in Zeitlupe, aber es war mir schon durchaus wichtig, Herr Sippel, Sie können auch sicher sein, ich habe Träume, vor allem auch Träume, was unsere Stadt anbelangt und wie das Zusammenleben hier funktionieren soll, vor allem auch friedlich und ich hoffe, dass da noch große Beiträge von allen geleistet werden. Jetzt haben wir Gott sei Dank eine Mehrheit, und es wird

uns in der Politik gut tun, noch einmal, eine Gemeinschaft, die keine Vorbilder mehr hat, da gibt es ein Problem und die Vorbilder müssen jene sein, die vorangehen, und das sind unweigerlich Sie und wir alle, wie wir da sitzen und wenn wir das heute einmal tun, ich bin ja gespannt, oft heißt es, und das habe ich sehr oft gehört, jetzt auch in den eigenen Reihen, wirst schon sehen, wir tun das, und da wird es aber vielleicht einmal eine kleine Randbemerkung geben und dann ist das wieder akzeptiert. Ich glaube, dass es eben ums Ansehen von Politik geht, ich glaube auch, dass das, was Mandatäre in unserer Stadt bekommen, auch wirklich verdienen und viele von Ihnen machen das nebenberuflich und auch die Beamtenschaft, weil Sie das angeschnitten haben, Herr Sippel, auch die Damen und Herren, die in der Verwaltung sind, ob im Land, in der Stadt, auf Bundesebene, wenn sie ein Mandat übernehmen, dann üben sie dieses Mandat auch in ihrer Freizeit aus. Sie stempeln aus, wenn sie zur Gemeinderatssitzung gehen oder wenn sie in die Ausschusssitzung gehen, zumindest kenne ich viele.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: In einem Kaufhaus wird man nicht ausstempeln.

Bgm. Mag. **Nagl**: In einem Kaufhaus musst du dir genauso frei nehmen wie in der Verwaltung und deswegen möchte ich einfach nur sagen, es klingt immer irgendwie so abwertend, das sollen nicht nur Menschen aus der Verwaltung sein. Ich darf seit 13 Jahren mit dieser Verwaltung zusammenarbeiten und ich bin glücklich darüber, dass wir solche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben und dass manche davon auch in die Politik gehen und diesen Mut auch noch haben (*Applaus ÖVP*).

Der Punkt 1) der Tagesordnung wurde einstimmig angenommen (52 : 0).

Der Punkt 2) der Tagesordnung wurde mit Mehrheit angenommen (42 : 10).

Der Punkt 3) der Tagesordnung wurde einstimmig angenommen (52 : 0).

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 15.25 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatter: StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüsç

2) A 8 – 41292/2009-51

Landeshauptstadt Graz,
Rechnungsabschluss 2009

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsç**: Hoher Gemeinderat! Wir müssen technisch noch ein bisschen umbauen, ich möchte Ihnen nämlich gerne ein paar Folien zeigen und nachdem der Beamer hier ausgefallen ist, der hier an der Unterseite der Galerie hängt, müssen wir einen neuen Beamer installieren. Ich sehe, das ist geschehen. Der Stadthaushalt von 2009, steht zur Diskussion, es geht um den Rechnungsabschluss der Stadt Graz für 2009 und der Bürgermeister hat damit den Rechnungsabschluss so zeitgerecht auf die Tagesordnung des Gemeinderates gesetzt, dass die Genehmigung vor Eingang in die Beratung über den Voranschlag von 2011 erfolgen kann. Ich möchte gerne vorausschicken, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Rechnungsabschluss von 2009 wahrscheinlich die schwierigsten seit langem waren. Sie wissen, dass die Finanzkrise in eine Wirtschaftskrise übergegangen ist und Sie wissen auch, dass diese Wirtschaftskrise sich in einem reduziertem Wachstum niedergeschlagen hat und letztlich dann auch in reduzierte Steuereinnahmen für die Stadt Graz, sowohl im Bereich der Kommunalsteuer als auch im Bereich der Ertragsanteile. Sie wissen aber auch, dass wir diesen Problemen durchaus offensiv entgegengetreten sind, ich darf an dieser Stelle vielleicht als wichtigste Offensive

nennen, das wir eine sehr, sehr große Verwaltungsreform gestartet haben gemeinsam mit der Verwaltung, wir haben die Themen nicht an Externe abgegeben, sondern wir haben sie gemeinsam mit der Verwaltung erarbeitet, wir haben uns einen wichtigen Termin vorgenommen, nämlich, dass die Umorganisation bis zum 1.1.2011 fertig sein soll, damit dann eben auch die Rationalisierungserfolge und Synergieeffekte lukriert werden können, und wir sind übrigens, wir werden es heute noch diskutieren, bei dieser Verwaltungsreform voll im Zeitplan, so wie es aussieht, werden wir auch alle Maßnahmen mit 1.1.2011 umsetzen können. Was hat die Wirtschaftskrise bedeutet? In wenigen Zahlen, bevor wir zu den Folien kommen. Zunächst einmal ein Rückgang der Ertragsanteile gegenüber dem Budget von minus zehn Millionen Euro, also zehn Millionen Euro weniger Ertragsanteile, wir haben versucht, dazu komme ich noch und ist uns Gott sei Dank auch geglückt durch rechtzeitig veranlasste Ausgabensperren, das wettmachen. Wir haben bei den sonstigen Einnahmen bei den personalen Pensionskosten planmäßige Ergebnisse, wir sind in einem Punkt durch die Wirtschaftskrise sehr gut gefahren, nämlich das Marktzinsniveau hat sich so gesenkt, dass wir einen durchaus beachtlichen verringerten Zinsaufwand gehabt haben. Das sind die Eckdaten, das sind die Eckbereiche, die sich für den Haushalt für 2009 ergeben haben. Die Finanzdirektion hat Ihnen einen Geschäftsbericht aufgelegt, er ist sehr umfangreich dieser Geschäftsbericht, Sie finden dort alle Detailergebnisse für weitere interessierte Fragen und für weitere Fragen, die Sie an uns stellen wollen jederzeit. Ich habe mich hier auf insgesamt vier Folien beschränkt, ich möchte Ihnen gerne einfach die wichtigsten Ergebnisse von diesem Haushalt darstellen und damit die Ausführungen auch nicht zu lange werden und sie mit Ihnen diskutieren. Auf der ersten Folie sehen Sie die Globalzahlen, ich darf sie so zusammenfassen, Voranschlag 2009 in Höhe von 893 Millionen, ordentliche und außerordentliche Gebarung insgesamt. Wir haben bei der laufenden Gebarung einen Abgang von minus 22 Millionen erwartet, ich darf Sie schon jetzt aufmerksam machen, dass diese Zahl für uns ganz wichtig ist, weil sie in dem langfristigen Konsolidierungsprozess in der Zeit zwischen 2012 und 2015 auf Null reduziert werden soll als erstes großes Ziel der Budgetkonsolidierung.

Vermögensgebarung war ein Abgang von 30 Millionen erwartet, das ergab einen Finanzierungsbedarf für das Budget, einen Finanzierungsbedarf insgesamt von 53 Millionen Euro. Das ist die Summe von laufender und Vermögensgebarung, Maastrichtergebnis lasse ich einmal weg. Wie haben wir insgesamt abgeschnitten mit dem Rechnungsabschluss 2009, so wie er vorliegt? Sie sehen, dass wir das Budgetvolumen von 893 Millionen Euro nicht zur Gänze ausgenutzt haben, wir haben um zirka 21 Millionen Euro insgesamt weniger für das Budget genutzt. Wir haben den Saldo der laufenden Gebarung um insgesamt fünf Millionen besser gestalten können als geplant, einen Abgang damit um 17 Millionen Euro. Ich werde Ihnen das im Detail noch darlegen, wie diese Verbesserung zustande gekommen ist. Aber an dieser Stelle jedenfalls der Hinweis, dass es aus meiner Sicht durchaus beachtlich ist, in dem schwierigen Jahr 2009 eine Verbesserung des laufenden Ergebnisses zu erzielen um insgesamt fünf Millionen Euro. Vielleicht zur einfachen Erklärung, die laufende Gebarung ist im Wesentlichen das Budget ohne Investitionen und ohne Investitionsfinanzierung, also das, was eben diese laufenden Einnahmen und Ausgaben sind, und hier sind wir im Saldo um insgesamt fünf Millionen besser gewesen als geplant. Saldo der Vermögensgebarung ist um 20 Millionen besser geworden, fast schon wie immer in den letzten Jahren der Hinweis, dass das eine finanztechnische Verbesserung ist. Der Hintergrund zu dieser Verbesserung liegt darin, dass viele der Investitionen, die wir geplant haben, die wir auch ausführen, nicht in diesem Tempo ausgeführt werden können. Ich brauche das hier nicht ausführen, woran das liegt, das liegt an sehr, sehr vielen Bürgergesprächen, das liegt am Verfahren, das liegt an sehr viel Zeit für Grundstückstransaktionen, für Grundstückskäufe und dergleichen. Jedenfalls ist der Finanzierungsbedarf für das Budget 2009 nicht 53 Millionen gewesen in Wirklichkeit, sondern lediglich 29 Millionen Euro. So viel zu den Globaldaten, ich möchte gerne auf drei wesentliche Themen zu sprechen kommen. Das erste Thema ist, dass wir trotz der Wirtschaftskrise den laufenden Saldo um insgesamt fünf Millionen verbessern konnten. Woran ist das gelegen? Ich darf wiederholen, die Budgetvorgabe war 22 Millionen minus, sie wurde erschwert und verschlechtert durch die zehn Millionen

geringeren Einnahmen aus den Ertragsanteilen und wir haben in manchen Bereichen die Ausgaben überschreiten müssen. Vielleicht der Hinweis, gerade weil meine Kollegin Elke Kahr vorhin so engagiert darauf hingewiesen hat, ein Großteil dieser sechs Millionen Mehrausgaben als geplant sind aus dem Bereich Soziales. Es ist ein Hinweis darauf, dass auch für die jetzige Regierung Soziales ein Schwerpunkt ist und dass ich denke, auch diese Zahl darauf hinweist, dass in der Stadtregierung niemand denkt, soziale Probleme zu vernachlässigen und nicht auch von Seiten der Stadt dementsprechend zu unterstützen. Nun kommt eine Verbesserung des Budgets im Ausmaß von 14 Millionen Euro und diese Verbesserung ist in erster Linie auf die Ausgabensperre von 15 % zurückzuführen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Unmut, diese Ausgabensperre aufzuerlegen, war groß, wie Sie sich erinnern können, viele meiner Regierungskolleginnen und -kollegen haben sich selbstverständlich nicht gefreut, viele Abteilungsleiterinnen/Ableitungsleiter haben geklagt, weil diese Ausgabensperre, so wie sie gesagt haben, überfallsartig eingeführt wurde. Sie sehen an dem Ergebnis, wie wichtig diese Ausgabensperre war, wir haben einen großen Anteil von diesen 14 Millionen dadurch eingespart und dadurch ist uns auch dieses sehr, sehr positive Ergebnis in der laufenden Gebarung geglückt. Zinsaufwand habe ich schon genannt, um sechs Millionen besser als erwartet, der Vorteil aus der Wirtschaftskrise. Wir haben bei der Grundsteuer mehr eingenommen um eine Million Euro, sodass sie insgesamt das Ergebnis der laufenden Gebarung haben, nämlich die Verbesserung von minus 22 auf minus 17. Ich möchte noch etwas sagen an dieser Stelle. Wie Sie wissen, legen wir sehr viel Wert darauf, dass wir die Gebarung transparent machen und im Wesentlichen keine Budgetstricks anwenden. Es wäre im Jahr 2009 durchaus möglich gewesen, den Abgang von 17 Millionen Euro durch einige budgettechnische Maßnahmen nahe Null zu bringen, aber wir haben nichts davon, wir lügen uns damit nur selbst an, wir informieren letztlich auch die Öffentlichkeit falsch und ich denke, nachdem wir den aufrechten Beschluss gefasst haben, das Budget nachhaltig zu konsolidieren, ist das mit ein Baustein dazu, dass wir auch eine transparente Budgetsituation darstellen. Soviel zur laufenden Gebarung. Ich darf als Nächstes eine der wichtigsten Ziffern für den Budgetvollzug und

überhaupt für die finanzwirtschaftliche Situation der Stadt bringen, nämlich den konsolidierten Schuldenstand. Konsolidierter Schuldenstand bedeutet, dass hier nicht nur die kamerale Schuld, also die wir im Magistrat machen, aufgezeichnet ist, sondern auch die Schulden der Beteiligungen. Sie wissen und wir alle wissen, dass gerade dieser Schuldenstand immer wieder in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Aus meiner Erfahrung leider auch etwas enttäuschend damit die wirtschaftliche Situation der Stadt insgesamt dargestellt und auch beklagt wird. Es sind einige Ergebnisse an diesen Balken sehr, sehr wichtig. Zunächst einmal der Hinweis, dass wir in der Stadt Graz sehr, sehr vorsichtig mit der Neuverschuldung umgegangen sind. Sie sehen, dass eine Reduktion erfolgte, wir haben derzeit einen Stand von 500 Millionen Euro, dieser Stand hat sich um 34 Millionen Euro reduziert, das heißt, wir haben innerhalb des Magistrates Schulden abgebaut im Jahr 2009, also von 2008 auf 2009. Allerdings durch die Verwendung von Liquiditätsreserven, wir haben heute am Vormittag im Finanzausschuss sehr intensiv und sehr lange darüber gesprochen. Das heißt, die Schuldenausweitung von insgesamt 96 Millionen Euro ist durch Investitionen der Beteiligungen bedingt, ich erwähne hier in erster Linie die Investitionen in neue Straßenbahnen, der Auftrag, der insgesamt 100 Millionen Euro kostet, ist vergeben worden und sind erste Zahlungen daraus fällig geworden. Weiters sind bei diesen Investitionen dabei, die allerdings auch die Stadt selbst betreffen im Magistrat, Bad Eggenberg, Schulzubauten, Kindergärten und andere Immobilieninvestitionen. Soviel zum konsolidierten Schuldenstand. An dieser Stelle für die weitere Darlegung einige grundsätzliche Bemerkungen. Es war uns völlig klar, dass, wenn wir eine Haushaltsreform, eine Verwaltungsreform in Angriff nehmen, bei der am Ende ein großer Teil unserer Aktivitäten, jedenfalls mehr als die Hälfte, in Beteiligungen ausgegliedert ist, in Beteiligungen, die uns gehören. Klar ist aber auch, dass damit ein neues Rechnungswesen erstellt werden muss, die Bewertung des Budgets allein reicht nicht mehr aus, sondern wir müssen durchaus versuchen, die Ergebnisse der Beteiligungen mit jenen des Budgets, des kameralen Ergebnisses, zusammenzufassen um damit eine Gesamtbewertung zu machen. Mit dem Schuldenstand haben wir das seit Jahren gemacht, seit vielen Jahren, und ich bin überzeugt davon, dass sich diese

Sichtweise auch durchsetzen wird. Sie merken das durchaus auch in Zeitungsberichten, wenn etwa die Verschuldung des Landes angegeben wird, dann steht dort nicht mehr nur der Schuldenstand laut Budget, sondern es wird dazugerechnet der Schuldenstand der LIK und auch der Schuldenstand der KAGES. Nur so, glaube ich, und in dieser umfassenden Form kann man das bewerten. Damit aber nicht genug, wir wollen selbstverständlich auch eine Darstellung des gesamten Hauses Graz für den laufenden Betrieb und auch für die Vermögensgebarung. Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass sich der Herr Rechnungshofdirektor Dr. Günter Riegler selbstverständlich mit Unterstützung der Finanzdirektion, Karl Kamper, Michael Kicker, sehr, sehr verdient gemacht hat. Wahrscheinlich österreichweit mit Abstand am stärksten verdient gemacht hat und der Rechnungshofdirektor hat für das Jahr 2009 erstmals eine konsolidierte Gesamtrechnung in der laufenden Gebarung, der Vermögensgebarung, für das gesamte Haus Graz vorgelegt. Ich möchte mich an dieser Stelle verneigen vor dem Herrn Rechnungshofdirektor und ich würde auch vorschlagen, dass diese konsolidierte Rechnung einen Namen bekommt und mein Vorschlag ist, damit das auch einen etwas höheren diplomatischen Anklang hat, dass wir diese Rechnung Konsol-Riegler nennen (*Applaus ÖVP*). Das Ergebnis dieser laufenden Gebarung für das gesamte Haus Graz sehen Sie auf der nächsten Folie. Beachten Sie bitte zunächst einmal das Jahr 2009 und, wie Sie leicht erkennen werden, bringt diese konsolidierte Gesamtrechnung für das Haus Graz in der laufenden Gebarung einen Überschuss von 31 Millionen Euro. Sie erinnern sich, wir haben im Budget der Stadt Graz noch einen Abgang von 17 Millionen, dieser Abgang von 17 Millionen wird durch die Überschüsse in der Cashflow-Berechnung von den Beteiligungen nicht nur ausgeglichen, sondern er wird positiv mit einem Wert von insgesamt 31 Millionen Euro. Das heißt zum Beispiel, dass wir im Jahr 2009 für die Investitionen im Haus Graz schon 31 Millionen Euro aus der laufenden Gebarung finanzieren konnten. Aus meiner Sicht ist damit das erste große Ziel der Budgetkonsolidierung, das wir uns für diese Periode gestellt haben, erfüllt. Wir haben im Haus Graz in der laufenden Gebarung einen positiven Abschluss und können damit auch einen Beitrag für die Investitionsfinanzierung leisten. Das Ergebnis ist in zweiter

Hinsicht interessant, denn der Kollege Riegler hat diese Rechnung für die Jahre 2005 bis 2009 aufgestellt und Sie sehen, dass wir nach dieser Berechnung für das gesamte Haus Graz ab dem Jahr 2007 einen Überschuss haben. Sehr erfreulich ebenfalls sichtbar ist, dass wir trotz des Krisenjahres im Jahr 2009 diesen positiven Abschluss nahezu verdoppeln konnten. Damit denke ich, ist auch eine starke Rechtfertigung für die Gesamtsicht im Rechnungswesen des Hauses Graz gegeben, weil wir damit tatsächlich neue Problemstellungen und neue Ausblicke für unseren Rechnungsabschluss und für die Budgetgestaltung haben. Wie soll es weitergehen? Für die Zukunft denke ich, ist, nachdem dieses erste große Ziel erfüllt wurde, eine Definition von neuen und weiteren Schritten in der Budgetkonsolidierung erforderlich. Der Bürgermeister hat es bereits angekündigt, dass wir uns neue Ziele setzen werden und auch setzen wollen und wir sind auch dabei, diese neuen Ziele sowohl für die laufende Gebarung als auch für die Investitionsfinanzierung jedenfalls im Rahmen des Budgetprozesses für 2011 auszudiskutieren und damit mit dem Budget 2011 vorzuschlagen. Drei Eckpunkte werden bei diesen neuen Konsolidierungszielen erforderlich sein. Erster Hinweis, wir hatten in den letzten zehn Jahren eine rasante Erneuerung im Bereich der Infrastruktur. Wenn wir auch in Hinkunft alle vorliegenden Investitionswünsche erfüllen möchten, dann werden die Einnahmen mit dem Finanzierungsbedarf für diese Investitionen nicht Schritt halten können, das heißt, wir müssen uns die Investitionswünsche in Hinkunft sehr genau überlegen. Wir werden in jedem Fall eine weitere Neuverschuldung im Laufe der nächsten Jahre noch haben und das bedeutet auch, dass der konsolidierte Schuldenstand steigen wird. Allerdings sollten wir im Zuge dieser neuen Ziele eine klare Antwort geben über die maximale Höhe des Schuldenstandes im Haus Graz und wir sollten auch den Zeitpunkt konkretisieren, ab dem wir keine neuen Schulden mehr machen wollen, das heißt, aber dem Zeitpunkt, ab dem die maximale Höhe der Schulden erreicht sein soll und dann nicht mehr steigen soll. Das ist der erste wichtige Punkt. Der zweite wichtige Punkt ist, dass natürlich sehr, sehr entscheidend wird im Laufe der nächsten Jahre, dass die Ausgabendisziplin, so wie das in den letzten Jahren war, im selben Ausmaß und mit der selben Intensität erfolgt. Wir haben ein schönes

Ergebnis erreicht mit der laufenden Gebarung; wenn das nachhaltig sein soll und nicht gleich zunichte gemacht werden soll, dann ist diese fortgesetzte Disziplin erforderlich. Genauso, wie wir uns den Finanzausgleichsverhandlungen alle zusammen sehr anstrengen müssen, damit dort nach wie vor gegebene Benachteiligungen für die Stadt Graz beseitigt werden können. Ein dritter Punkt, ebenfalls festgehalten im Rechnungshofbericht und zwar, wir müssen gemeinsam und vor allem hier gemeinsam im Gemeinderat mit den Geschäftsführern der Beteiligungen auf Produktivitätssteigerungen pochen. Für die weitere Budgetkonsolidierung ist es unbedingt erforderlich, dass sowohl in der Holding Graz als auch in den anderen Beteiligungen Kosten gesenkt werden. Das sind aus meiner Sicht die drei Rahmenbedingungen, unter denen diese neue Zielsetzung erfolgen soll. Wie auch bei privaten Unternehmen werden die Geschäftsberichte nicht vollständig vorgelegt, ohne zu sagen, wie ist die aktuelle Situation, wie ist die Budgetsituation im Jahr 2010. Wir haben in den ersten Monaten dieses Jahres 2010 sehr stark befürchtet, dass die schon reduzierten Werte bei den Ertragsanteilen, bei den Gebühren und bei der Kommunalsteuer nicht halten werden, weil die ersten Ergebnisse sehr, sehr schlecht waren. Inzwischen hat sich aber offensichtlich auch die Wirtschaft so stark erhöht, dass die Steuereinnahmen wieder stärker fließen. Aus heutiger Sicht werden wir in jedem Fall das Budget halten können, vielleicht gibt es sogar bei den Ertragsanteilen ein leichtes Plus, das ist derzeit noch nicht abzusehen, aber wir werden das Budgetergebnis jedenfalls halten können, das heißt, es wird auch nicht erforderlich sein, aus heutiger Sicht, dass wir für das Jahr 2010 nachträglich jedenfalls einen großen Umfang beschließen werden müssen, ich hoffe sogar, dass wir insgesamt auskommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe Ihnen damit die wichtigsten Kennzahlen für den Rechnungsabschluss 2009 genannt, ich denke, dass wir insgesamt auf einem guten Weg sind, da kann der Dank nur an alle genannt werden, von den Budgetbeauftragten in den einzelnen Abteilungen, über die Mitarbeiter, über die Abteilungsleiterinnen und -leiter, selbstverständlich über den Gemeinderat bis zur Stadtregierung. Aus meiner Sicht ist ganz eindeutig zu erkennen, dass die Maßnahmen greifen, wir haben sozusagen richtigen Kurs, aber wir

sind selbstverständlich nicht am Ende und wir müssen vor allem auch uns davor schützen, dass, falls wieder Wirtschaftskrisen kommen, uns diese hart treffen, aber ich kann es noch einmal zusammenfassen, ich denke, wir sind auf einem guten Weg. Ich darf deshalb den Antrag stellen, er ist genau formuliert im Stück, es geht darum, den Jahresabschluss 2009 zu genehmigen, es geht darum, die Überschreitungen bei jenen Eckwerten, die gegeben waren, nachträglich zu beschließen und es geht auch darum, für die Krankenfürsorgeanstalt die Ergebnisse für die drei Reservefonds, über die die Krankenfürsorgeanstalt insgesamt abgewickelt wird, zu genehmigen. Ich möchte hier durchaus auch als sehr, sehr positives Einzelergebnis festhalten, dass die Zuführung zu diesen drei Reservefonds insgesamt die Behebungen um 20.000 Euro überstiegen haben, das heißt, das auch das Ergebnis der Krankenfürsorgeanstalt im Jahr 2009 besser im Vergleich zum Jahr 2008 geworden ist. Ich darf Sie daher zusammenfassend bitten, den Rechnungsabschluss 2009 zu genehmigen.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 96 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 42/2010 beschließen:

1. Der Rechnungsabschluss der Landeshauptstadt Graz der Ordentlichen und der Außerordentlichen Gebarung für das Jahr 2009 wird genehmigt.
2. Die Überschreitung der im Motivenbericht angeführten Konten, Deckungsklassen und Eckwerte wird nachträglich beschlossen.
3. Die gemäß § 27 der Satzungen der Krankenfürsorgeanstalt für die Beamten der Landeshauptstadt Graz über die entsprechenden Reservefonds abgewickelten Wirtschaftserfolge des Haushaltsjahres 2009, das sind die Soll-Überschüsse

des Fonds für Erweiterte Heilbehandlung von

€ 5.523.96

und

des Fonds für Zusätzliche Leistungen von	€ 198.282,34
--	--------------

bzw. des Soll-Abganges

des Betriebsfonds für Pflichtleistungen von	€ 183.960,71
---	--------------

werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Stadtart, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Lehrer von mir hat einmal gesagt, eine Bilanz ist das, was man nach bestem Wissen und Gewissen nicht mehr verstecken kann, und nach dem Gesichtspunkt, glaube ich, zahlt es sich auf jeden Fall aus, den Rechnungsabschluss auch ein bisschen aus anderen Gesichtspunkten heraus zu beleuchten und ich darf auch wie der Herr Stadtrat beim laufenden Saldo beginnen. Er hat es ja verheimlicht, dass auf den ersten Blick der laufende Saldo der Stadt ja im Vergleich zu 2008 noch besser ist, nämlich von 33 Millionen auf 17 Millionen verbessert, also sprich minus 17 Millionen, und 2008 minus 33 Millionen, das ist aber nur der erste Blick. Wenn man einen zweiten Blick darauf wirft und ein bisschen in die Tiefe geht, dann kommt man drauf, dass sich 2009 die Darstellung verändert hat, dass nämlich die Verkehrsfinanzierung nicht mehr zur Gänze im laufenden Saldo ausgewiesen wurde und dass man sich dadurch eben einiges, nämlich genau 22,2 Millionen sozusagen, gar nicht mehr aufweist, was unter dem Strich bedeutet, dass da nicht mehr minus 17 Millionen, sondern eigentlich minus 39 Millionen im Vergleich zum Jahr 2008 da wären und wenn man noch einmal hinschaut und dann vielleicht die Einmaleffekte auch noch betrachtet, sich die Pensionsabgeltung ansieht, die die Stadt Graz von der Graz AG bekommt bis 2012 dafür, dass wir dann die Pensionslast tragen müssen für 40/50 Jahre, wenn wir diese 33,8 Millionen auch noch dazuzählen, dann kommen wir auf einmal auf einen negativen laufenden Saldo von minus 73 Millionen Euro. Das heißt, das Paket, das wir bewältigen müssen, um ein ausgeglichenes laufendes Saldo zu haben, ist dann nicht mehr minus 17 Millionen, sondern in Summe zwischen 50 und

70 Millionen, das wir stemmen müssen, um 2012, wie es der Herr Bürgermeister schon angekündigt hat, ein ausgeglichenes laufendes Saldo zu haben. Ich habe mir auch dann angeschaut den Selbstfinanzierungskoeffizienten der außerordentlichen Gebarung, der war im Jahre 2009 8,42 %, ich habe den Durchschnitt des Vorgängers vom Herrn Stadtrat ausgerechnet in diesem Bereich, der war bei 44,5 %. Also ich denke, da kann man sich auch noch ein bisschen verbessern vielleicht bei Verhandlungen mit diversen Institutionen, dass die mehr mittragen. Der konsolidierte Schuldenstand war auch so ein Punkt, den der Herr Stadtrat betrachtet hat, der ist um über 10 % gestiegen, ist jetzt bei 1034 Millionen, bedeutet, dass jede Grazerin, jeder Grazer, jedes Kind, jeder Greis mit ungefähr 4.000 Euro belastet ist, und in dem Zusammenhang wird sehr gerne auch immer erwähnt, ja das ist zwar hoch, aber nicht so dramatisch, weil das Haus Graz hat ja auch sehr viel an Vermögen. Da gibt es auch eine Aufstellung, die uns der Rechnungshof dankenswerterweise zur Verfügung gestellt hat, da wird aufgelistet, dass Graz 2,6 Milliarden an Vermögenswerten hat im Vergleich zu den 1,34 Milliarden oder 1,34 Milliarden an Schulden, wenn man sich es dann wieder genauer anschaut, tritt auch zutage, dass erstens einmal bei dieser Vermögensdarstellung die Straßen 2009 neu bewertet wurden, dadurch diese Wertaufstellung also bei den Straßen fast verdoppelt wurde, über 300 Millionen Euro ist die neue Bewertung höher als die alte und der Rechnungshof hat dann auch sehr penibel noch die Pensionslasten und den Barwert der Pensionslasten aufgelistet, nämlich bis zu 1,5 Milliarden Euro für die Zukunft, das heißt, wenn ich zu den 1.034 Millionen die 1,5 Milliarden noch dazuzähle, dann bin ich ungefähr dort, dass wir derzeit schon so viel Schulden zu erwarten haben, wie wir an Vermögen ausweisen. Heißt für Privatunternehmen, dass wir eigentlich an der Grenze zum Konkurs sind und da muss ich dem Herrn Finanzstadtrat und vor allem auch seinen Freundinnen und Freunden von der ÖVP schon einen großen Vorwurf machen, wenn wir schon unsere Finanzsituation so deutlich auch kennen und kennen müssen, dann verstehe ich nicht, wie wir angesichts eh schon vieler Projekte, wo wir laufende Abgänge finanzieren müssen, ich denke mir Murinsel, Kunsthaus, List-Halle, wie wir immer noch ständig nur Visionen an die Öffentlichkeit tragen, angefangen von der

Murgondel bis hin zur Überdachung von Radwegen. Warum wir so teure Projekte á la Reinighaus vorantreiben wollen, warum wir fragwürdige Haftungszusagen, die wir heute noch besprechen werden, á la Thalia mit bis zu 20 Millionen Risiko unterstützen, also ich verstehe das Ganze nicht mehr und ich glaube auch, viele Grazerinnen und Grazer verstehen das so nicht mehr. Der Bürgermeister hat heute gesagt, wir müssen mehr arbeiten und weniger ausgeben. Ich denke, man könnte es auch umwandeln und sagen, wir müssen mehr Gespür für die Menschen haben und sinnvoller ausgeben und weniger ausgeben und ich sage es angelehnt an den Spruch, den die ÖVP im Landtagswahlkampf gehabt hat, Graz kann mehr, in dem Sinne werden wir dem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. Danke (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

GR. **Eber**: Werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Beim Rechnungsabschluss für 2009 geht es natürlich nicht nur darum, ob die Zahlen richtig berechnet und vor allem richtig dargestellt wurden. Ich glaube, das ist vor allem dann die Aufgabe des Kontrollberichtes, der ja als nächster Tagesordnungspunkt dann vorliegt und behandelt wird, sondern es geht natürlich um eine politische Bewertung und hier kann man sagen, auch wenn alles nicht so schlimm ist, wie ursprünglich befürchtet, so ist die Stadt Graz natürlich dennoch in einer schwierigen budgetären Situation. Ich möchte allerdings dennoch dabei die (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) Frage stellen oder das Augenmerk auf die Punkte lenken, um die es für uns als Gemeinderäte, als PolitikerInnen der Stadt Graz eigentlich gehen sollte. Denn es sollte natürlich gehen um die Menschen in unserer Stadt und um den sozialen Zusammenhalt, den wir in dieser Stadt haben und um den wir uns natürlich auch sorgen müssen. Es ist klar, dass gerade die sozialen Fragen nicht losgelöst betrachtet werden können von der Landes- und vor allem auch von der Bundespolitik und hier sehen wir ja auch im Bericht drinnen, dass die Sozialausgaben überdurchschnittlich stark ansteigen, die die Stadt

Graz, hat aber dass die Zahlungen, die Kostenersätze vom Land damit nicht Schritt halten können. Also das ist dann natürlich auch eine Frage des Finanzausgleichs und der Verhandlungen, die da zu führen sind. Auf der anderen Seite verzichtet oder verzichtete die Stadt auf Einnahmen, die sie mit unseren Vorschlägen durchaus auch hätte machen können beziehungsweise auf einer Reduzierung der Ausgaben. Wir haben im vorigen Tagesordnungspunkt ja jetzt beschlossen die Reduzierung der Stadtsenatsmitglieder, wir haben es gehört, es handelt sich da um Einsparungen von zirka fünf Millionen in einer Gemeinderatsperiode. Wir haben jetzt zwölf Jahre darauf warten müssen, dass das soweit gekommen ist, also da ist schon auch einiges zusammengekommen. Die KPÖ macht ja den Vorschlag der Einführung beispielsweise einer Nahverkehrsabgabe, ich weiß jetzt nicht, seit wie vielen Jahren, aber es sind jetzt auch schon einige Jahre, also das heißt, wenn auch wir da so lange warten müssen oder dürfen, nachher kann es jedenfalls nicht mehr lange dauern, bis diese kommt und ich glaube, so eine Nahverkehrsabgabe ist auch ein sinnvolles Instrument in verschiedener Hinsicht, also nicht nur in umweltpolitischer, in verkehrspolitischer, sondern natürlich auch in finanzpolitischer Hinsicht, weil es natürlich der Stadt Einnahmen bringen wird. Was bereits der Kollege Haßler ja auch angesprochen hat und das halte ich auch für sehr wichtig, das sind, wir haben es einerseits natürlich zu tun mit Fehlern, die in der Vergangenheit passiert sind, da denke ich vor allem auch an das Jahr 2003, ist schon angesprochen worden, Murinsel, Dom im Berg, Kunsthaus, also ich glaube, da sind natürlich auch gewaltige Ausgaben entstanden, wo wir heute noch zahlen und zahlen müssen, die aber damals natürlich hintangestellt werden hätten bleiben müssen, gleichzeitig sollen wir aber jetzt nicht in dieser Art und Weise weitermachen mit Haftungsübernahmen wie bei der Styria, wie jetzt angedacht ist bei der Thalia und es geht uns natürlich vor allem auch darum, dass Investitionen dort gemacht werden, wo sie auch den Menschen etwas bringen und das heißt für uns beispielsweise, um nur einen einzigen Punkt jetzt herauszugreifen, der Sozialpass oder wie immer man das dann nennen will. Ist natürlich noch nicht umgesetzt und harret seiner Umsetzung und ist für uns auch ein wichtiger Punkt, der jetzt natürlich für die Zukunft wichtig ist und nicht jetzt

unmittelbar in den Rechnungsabschluss hineinfällt. Wir werden jedenfalls aus diesen und weiteren Gründen dem Rechnungsabschluss in dieser Form nicht zustimmen. Danke sehr (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Haßler, um nur kurz auf ihn einzugehen, hat mit Zahlenspielerei angefangen, sie stimmen schon seine Punkte, aber es fehlt soviel inhaltliche Ergänzung, warum sollen überhaupt Investitionen im laufenden Saldo sein, ich glaube, hier hat es eine Verbesserung gegeben und keine Verschlechterung, hier wird jetzt eher besser dargestellt als vorher. Ich könnte beim laufenden Saldo auch 37 Millionen dazuzählen, wenn ich mich streng an die Vorgaben halte, sprich die Dividende von der Graz AG, der Herr Rechnungshofdirektor lasst sich auch darüber argumentieren, aber wenn ich strikt reinschaue, könnte ich auch 37 Millionen plus rechnen, also es könnten viele Zahlen herauskommen. Aus diesem Grund komme ich dann später noch zurück auf das neue Darstellungskonzept, aber ich glaube, ein Wesentliches hat Stadtrat Rüschi vergessen und ist natürlich auch klar, dass er es selbst nicht erwähnen kann, es ist das zweite Budget, das gehalten hat trotz aller Unkenrufe, bitte lesen Sie nach seiner Budgetrede, was hier alles gesagt wurde, warum diese Budgets nicht halten werden, es ist das zweite Budget, das gehalten hat und ich glaube, dafür braucht er einen großen Applaus (*Applaus ÖVP und Grüne*). Möglich war es aber nur, weil natürlich auch hier die Beamten hier mitgezogen haben, es waren Sparpakete dabei, danke auch an alle Beamten und an alle Umsetzer, die hier dabei waren, es war nicht immer leicht, es war das Jahr der 15%-Sperrung, die wir öfter diskutiert haben, die nicht immer ganz einig war, aber im Endeffekt hat all das dazu geführt, dass wir das einsparen konnten und man muss sagen, es war nicht so ganz unsinnig. Wir haben diese Einsparungen geschafft ohne extreme Härten. Klar war es in vielen Bereichen schwierig, klar hat es große Anstrengungen bedurft, aber diese Anstrengungen sind notwendig, um dauerhaft das Budget zu sanieren und die ganz bösen Härten, die

ganz schlimmen Sachen sind meines Erachtens nicht passiert, falls jemand anders sieht, möge er es vielleicht sagen, aber ich glaube, es war einfach sparen mit Hirn und Herz, es war hier das notwendig Einsparen. Der zweite wesentliche Punkt, wurde vom Stadtrat angesprochen, ist die neue Darstellung der Gesamtbetrachtung. Wenn wir diesen Gesamtsaldo anschauen des konsolidierten laufenden Saldos, dann kommt heraus, dass wir eine sehr positive Entwicklung haben und ich glaube, das ist wichtig, in den letzten vier/fünf Jahren (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) hat sich das jährlich um fünf bis zehn Millionen verbessert. Wir sind noch nicht ganz dort, wo wir sein wollten, das ist richtig, diese 30 Millionen Überschuss dienen dazu, die Investitionen zu finanzieren. 30 Millionen ist aber zu wenig, weil wir viel mehr investieren, das heißt, wir brauchen hier noch mehr, daran arbeiten wir und es ist ein Schritt in die richtige Richtung und es sind schon ganz tolle Erfolge und wenn wir diese konsolidierte Gesamtbetrachtung wählen, dann haben wir auch nicht mehr diese Spielchen zwischen Graz AG, Holding, GBG und was auch immer, das ist wirklich die relevante Gesamtbetrachtung, das ist die entscheidende Zahl, und diese Zahl hat sich jährlich verbessert, wird sich noch ein wenig weiter verbessern müssen, damit wir dort sind, wo wir hinwollen, wirklich dauerhaft stabil und nicht so einen hohen Einspardruck, den wir derzeit noch haben, aber wir arbeiten daran, dass wir auf bessere Grunddaten kommen und dann wird es auch wieder etwas leichter und besser werden. Ich bitte noch um Mithilfe bei diesem weiteren Einsparen, es wird nicht leicht sein, aber ich glaube, gemeinsam werden wir das gut schaffen. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Wenn nicht, dann greife ich den Vorschlag des Herrn Stadtrechnungshofdirektors auf, dass wir auch den nächsten Punkt gleich behandeln und auch diese Vorprüfung vorher abstimmen, weil es eigentlich damit eine logischere Folge hat. Das heißt, ich ersuche das Einbringen

des Berichtes des Stadtrechnungshofes zur Vorprüfung des Rechnungsabschlusses 2009.

Berichterstatterin: GRin. Bergmann

3) StRH – 1068/2010

Prüfbericht Stadtrechnungshof
Vorprüfung der Rechnungsabschlüsse
2009

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrte Damen und Herren! Der Kontrollausschuss hat die Vorprüfung der Rechnungsabschlüsse 2009 in zwei Sitzungen beraten, würde ich sagen, ist etwas übertrieben, es wurde uns in einer Sitzung präsentiert in der zweiten Sitzung wurde der Prüfbericht beschlossen ohne großartige Diskussion. Wobei natürlich sehr viele Zahlen hier schon vorweg genommen wurden. Der Prüfbericht war aufgebaut in drei Teilen. Der erste war der kamerale Haushalt, der zweite die Haushalte der wirtschaftlichen Unternehmungen und der dritte Teil die Zusammenfassung, also die konsolidierten Kennzahlen. Beim laufenden Haushalt wurde festgestellt, ich möchte jetzt nicht mehr auf die einzelnen Zahlen eingehen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), weil dann würde das eine Art Koreferat bedeuten, aber es wurde zum Beispiel vom Stadtrechnungshof festgestellt, dass seit dem Jahr 2002 stets laufende Haushaltsdefizite erwirtschaftet wurden und dass seit damals der kumulierte Abgang 250 Millionen Euro beträgt. Es ist ja auf der einen Seite positiv, dass die Einnahmenentwicklung sehr positiv verlaufen ist, wir haben Einnahmen im Jahr 2009 im laufenden Haushalt von 587 Millionen, dem gegenüber stehen aber trotzdem Ausgaben von 590,3 Millionen Euro, wobei die Einnahmen durchaus auch begünstigt waren durch einmalige Sondereffekte. Einen dieser Sondereffekte, der betrifft auch die Pensionsabgeltung der Graz AG, denn seit dem Jahr 2008 bis einschließlich ins Jahr 2012 fließen hier jährlich 33,8 Millionen Euro an Pensionsabgeltungen aus Mitteln der Graz AG in den städtischen Haushalt. Weiters wurde auch festgestellt, dass die geänderte Darstellung den schon mehrmals

hier erwähnten Verkehrsfinanzierungsvertrag betrifft, zu den erhöhten Ausgaben sind natürlich die Zuwachsraten der Sozialleistungen ständig im Steigen. So wird hier festgestellt, dass in den Jahren 2006 bis 2009 die gesamten laufenden Ausgaben mit einem Prozentsatz von 4,3 % jährlich zirka steigen, wobei aber die Zuwachsraten bei den Sozialleistungen rund 9,4 % betragen. Kritisch wurde auch angemerkt vom Stadtrechnungshof, dass es hier auch in den letzten laufenden Saldos 2009, dass zirka 3,1 Millionen Euro an Transfers an die Messegruppe gebucht sind, die aber bereits andere Jahre betreffen und es wurde auch festgehalten, dass diese Verletzungen des Prinzips der Jährlichkeit nicht akzeptabel sind und dass das geändert werden muss. Begünstigt haben die Einnahmen auch einerseits die Zunahme an Steuern, Gebühren, Ertragsanteilen, aber auch das niedrige Zinsniveau. Mit gewisser Besorgnis hat der Stadtrechnungshof aber auch festgestellt, dass die Beschlussfassungen der letzten Jahre für die nächsten Jahre zu einem ziemlichen Anstieg der sogenannten Folgekosten führen wird und diese durch die Beschlüsse induzierten künftigen Ausgaben werden die budgetären Handlungsspielräume empfindlich in der Zukunft einschränken. Eine Kennzahl möchte ich noch hier bekanntgeben und zwar, es geht hier, wir haben ja schon gehört, dass die Schulden zwar im städtischen Haushalt gesunken sind, aber dafür im Bereich der Beteiligungen im Steigen sind. Diese Schulden sind natürlich aufgrund von zahlreichen Investitionen, die getätigt wurden, aber eine Zahl, die auch im Prüfbericht auffallen lässt, ist die Verhältniszahl von laufenden Einnahmen zu Schulden und hier befindet sich Graz bei einer Relation also von 106,6 %, da wurden auch zitiert (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) Untersuchungen aus Deutschland, die zeigen, dass ein Budget nur dann positiv beurteilt werden kann, wenn die Kennzahlenrelation signifikant unter 100 % liegt. Also da haben wir in Zukunft wahrscheinlich einiges, das auf uns zukommt. In der Gesamtbeurteilung, möchte ich nur sagen, stellt der Stadtrechnungshof fest, dass für die nächsten Jahre mit einer weiteren Zunahme der Verschuldung zu rechnen ist, bedingt einerseits durch sehr ambitionierte Investitionsprogramme, das heißt also, wenn wir keine weiteren Investitionen oder Projekte mehr beschließen, würde der Schuldenstand in den nächsten Jahren trotzdem steigen. Der Verschuldungsgrad

bezogen auf die laufenden Einnahmen ist also eindeutig zunehmend und das sollte auch in Zukunft bei der Beschlussfassung von Projekten oder bei Investitionsvorhaben eindeutig geprüft werden. Zum Prüfbericht, ich möchte, wie gesagt, die Zahlen nicht mehr doppelt erzählen, ich bitte um Annahme dieses Prüfberichtes. Danke (*Applaus KPÖ*).

Die Berichterstatterin stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich habe den Rechnungshofbericht selbstverständlich auch sehr genau gelesen und es gibt von meiner Seite jedenfalls sehr, sehr weitgehende und große Übereinstimmung mit dem Bericht. Ich habe einen Punkt, bei dem ich die Einschätzung vom Rechnungshofdirektor zwar durchaus teile, aber wo ich auch durchaus einen anderen Ansatz habe. Und zwar, das ist die Bewertung des Schuldenstandes. Ich gehe mit dem Rechnungshofdirektor völlig konform, wenn man sagt, bei den Investitionsprojekten, die wir derzeit haben, wird die Schuldaufnahme den Einnahmen davonspringen. Das ist etwas, worauf wir achten müssen, wenngleich ich aber die Kennziffer dafür, nämlich die Schuldaufnahme zu den Einnahmen zu setzen, zumindest für ergänzungsbedürftig halte und ich denke, die Ergänzung dazu ist einfach die Betrachtung, wie steht es mit den Schulden, können wir uns die Schulden leisten oder können wir sie uns nicht leisten. Und ein Kriterium dafür, ob wir uns die Schulden leisten können, das ist die Frage, in welchem Ausmaß belastet die Verzinsung den Haushalt. Wir haben im laufenden Haushalt oder in der laufenden Gebarung des gesamten Hauses Graz eine Summe von zirka 950 Millionen Euro. Ein Schuldenstand von 1,03 Milliarden Euro. Wenn wir davon ausgehen, dass wir

insgesamt 5 % Zinsen zahlen müssen, das sind zirka 50/52 Millionen Euro. Diese 50 bis 52 Millionen Euro sind zirka 5 % bis 6 % des gesamten laufenden Haushaltes. Das heißt, für die derzeitige Schuldenbelastung müssten wir im Haus Graz zirka 5 bis 6 % der laufenden Einnahmen für Zinsen ausgeben. Bedenken Sie das einmal bitte, ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendjemand in diesem Haus sagt, wenn wir 5 % unserer laufenden Einnahmen für die Zinsen ausgeben müssen, dann sind wir in unserem Handlungsspielraum so eingeschränkt, dass wir wichtige und ganz entscheidende Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Aus diesem Grunde denke ich, dass der Schuldenstand, so wie wir ihn haben, keinesfalls ein Drama für das gesamte Budget bedeutet, im Gegenteil, ich glaube, wir können uns diese Zinsenbelastung sehr gut leisten, ich bin allerdings mit dem Rechnungshofdirektor wieder einer Meinung, dass wir auf die Fortsetzung dieses Schuldenstandes genau achten sollten. Noch abschließend ein Wort zum Kollegen Haßler. Zunächst einmal einfach der Hinweis, und darf ich wieder auf den Rechnungshofdirektor verweisen, er hat uns in seinem Bericht bei all seinen kritischen Äußerungen zu den geplanten Investitionen und zum Schuldenstand ein großes Lob ausgesprochen bezüglich der Haushaltskonsolidierung im laufenden Bereich. Das lasse ich mir nicht nehmen, um es einmal so zu sagen und zum Zweiten, und ich glaube wir sollten es uns auch nicht nehmen lassen, weil es wirklich ein Erfolg ist, der Gerhard Wohlfahrt hat das gesagt, der von allen Beamten getragen wird, die eben dann weniger ausgegeben haben über Abteilungsleiterin/Abteilungsleiter bis zur Stadtregierung. Und zum Zweiten wollte ich Ihnen nur eines sagen, wenn Sie schon die Möglichkeit nutzen, dafür bin ich Ihnen dankbar, dass Sie eben aufgrund der neuen Transparenz eben auch diese Einzelergebnisse herausholen, dann aber bitte vollständig. Wurde auch schon gesagt, aber mir ist es so wichtig, dass ich es nochmals sage, wir haben aus der laufenden Gebarung Einnahmen von 37 Millionen Euro herausgenommen, in die Finanztransaktion gestellt, das heißt, die fehlen uns, wenn Sie so wollen in der laufenden Gebarung mit dem Hinweis, Rechnungshofdirektor argumentiert, die gehören nicht in die laufende Gebarung; haben wir gemacht, dann sind wir wieder bei 37 runter. Die Dinge, die Sie genannt haben, sind auch völlig korrekt, Investitionen

über den Verkehrsfinanzierungsvertrag gehören nicht in die laufende Gebarung. Also ich denke, da ist erstens einmal Transparenz vorhanden, Ihre Rede hat das am besten bewiesen, aber wenn man das schon macht, dann machen wir es bitte vollständig und dann sind wir wieder in einem Bereich, den ich Ihnen genannt habe, und wie gesagt wird auch so im Rechnungshofbericht gesehen. Das sind auch meine Anfügungen, die ich unbedingt noch machen wollte. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Danke, damit kommen wir jetzt zur Abstimmung, zuerst stimmen wir jetzt den Stadtrechnungshofbericht ab, den Punkt 3)... der Herr Stadtrat hat noch was Wichtiges vergessen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Nämlich, dass statutenkonform, und deshalb muss ich das noch erwähnen, der Rechnungsabschluss wie immer 14 Tage aufgelegt wurde öffentlich, es wurde allerdings keine Einsichtnahme genommen, sodass auch hier keine...

Zwischenruf GR. Mayr: Was ist mit dem Gottfried?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Er war vorhin kurz auf der Galerie, ich sehe ihn derzeit nicht mehr, wir hätten ihn sonst persönlich befragen können. Jedenfalls hat es keine Einsichtnahme gegeben und das ist jedenfalls auch hier im Gemeinderat zu erwähnen. Danke.

Der Tagesordnungspunkt 3) wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Tagesordnungspunkt 2) wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Hohensinner

5) A 8/2-004660/2007

Änderung der Grazer
Lustbarkeitsabgabenordnung 2003

GR. **Hohensinner**: Das Steiermärkische Lustbarkeitsabgabengesetz 2003 wurde mit Gesetz vom 6. Juli 2010 abgeändert, und wie folgt kann die monatliche Pauschale für Glückspielautomaten von 300 auf 370 Euro angehoben werden. Bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z. 13 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 13071967 in der Fassung LGBl.Nr. 41/2008, die einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildende Verordnung beschließen.

StRin. **Kahr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Gemeinderäte und Gemeinderätinnen! Natürlich freue ich mich als KPÖ-Mandatarin, dass wir hier heute dieses Stück auf der Tagesordnung haben (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), weil, wie Sie wissen, vor allem mein Kollege Ernest Kaltenegger auf dieses Thema ja schon seit vielen, vielen Jahren aufmerksam gemacht hat und die Erhöhung der Lustbarkeitsabgabe auf die Spielautomaten ist ein kleiner Schritt in die

richtige Richtung und ein kleiner Beitrag. Das muss man wirklich so sehen und wir sind natürlich, was die Erhöhung auf 370 Euro betrifft, natürlich auch noch weit weg von dem, was die Stadt Wien hier einhebt. Ich möchte aber natürlich nur auch warnen davor, dass es ein Trugschluss ist, dass hier Stadt und Land vielleicht einen Weg sehen, auf diese Weise zu Geld zu kommen, weil man natürlich wissen muss, dass die Ausgaben für die Betroffenen weit, weit höher liegen für die öffentliche Hand und, ich weiß nicht, ob Sie sich das schon einmal angeschaut haben, einige Studien und auch ganz konkret eine Studie aus Kanada aufgezeigt hat, dass im Durchschnitt die Betreuungskosten für Spielsüchtige bei 50.000 Dollar liegen. Und nicht nur aus diesem Grund, sondern auch weil wir, wie gesagt, seit vielen Jahren von Betroffenen wissen, was hier für wirklich auch menschliche Tragödien bei den Familien zurücklässt, kann aus unserer Sicht die einzige Lösung, was dieses Problem betrifft, nur darin liegen, für ein gänzlich Verbot der Spielautomaten zu sein und dafür treten wir auch weiterhin in der Steiermark ein (*Applaus KPÖ*).

StRin. Mag.^a Dr. **Schröck**: Ich möchte mich aus SPÖ-Sicht auch noch ganz kurz zu diesem Thema, kleines Glücksspiel, melden. Ich sehe das ähnlich wie die Elke Kahr, ich glaube, dass es heute einmal ein kleiner Schritt ist, es wird ja insgesamt die Lustbarkeit insgesamt auf 1000 Euro erhöht, also es steigt ja nicht nur der Gemeindeanteil, sondern auch der Landesanteil, der da eingehoben wird, ganz dramatisch. Ich glaube ja doch, dass das wirklich nur ein kleiner Schritt ist. Wir sind immer wieder gebremst worden durch ein Bundesgesetz, das in Aussicht gestellt wurde. In den letzten Monaten hat es geheißen, dieses Bundesgesetz kommt jetzt zur Umsetzung. Jetzt hat man wieder gehört, es entspricht nicht den Wettbewerbsregeln oder es entspricht nicht den EU-Vorgaben, das heißt, es wird auf Bundesebene wieder keine Regelung kommen. Ich glaube, wo man ansetzen muss ist, dass man das Spiel an sich uninteressant macht. Man muss bei den Glückspielautomaten den Banknotenanzug weggeben, weil jetzt ist es so, man steckt einen Zehner rein und ein

paar Sekunden später ist man den Zehner los. Und ich denke, es ist wichtig, dass man wirklich wieder zum kleinen Glückspiel, so wie es im Gesetz formuliert ist, zurückkehrt, sprich ein Spiel mit einem Maximaleinsatz von 50 Cent, wo man immer wieder 50 Cent hineinwerfen muss, das hat gezeigt, wenn man das wieder so konzipiert, dann ist die Suchtgefahr auf einmal schon wesentlich geringer. Auch Abkühlphasen, denke ich mir, wären notwendig, also dass man nicht ewig lang an diesen Automaten hängen kann und unentwegt Geld hineinstecken kann, sondern dass man nach einer gewissen Zeit einfach gezwungen ist, 20 Minuten einmal nicht zu spielen, weil das zeigt auch, das Süchtige einfach neben stehen und einen Zehner nach dem anderen reinstecken, und mit solchen Abkühlphasen wäre das verhindert. Ich denke, ein Verbot ist schwierig, weil es einfach sehr viele illegale Automaten gibt und das sehr, sehr schwer zu kontrollieren ist. Als Grazerinnen und Grazer müssen wir auch sagen, wir haben eine sehr große Konkurrenz an der Staatsgrenze, wo ein riesiges Casino steht, also ich glaube, man muss das Spiel einfach so uninteressant machen, dass keiner mehr spielen will. Und mir würde es gut gefallen, vielleicht schaffen wir das einmal in einer Petition an den Landtag, dass wir für eine Verschärfung des Glückspiels gemeinsam eintreten. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen

Berichterstatter: GR. Hohensinner

13) A 8/4 – 19087/2010

Hafnerriegel 53 – Studentenwohnheim
Verzicht auf Verwendungszweck

GR. Hohensinner: Dieses Studentenheim kennt, glaube ich, jeder. Das Studentenheim der Österreichischen Studentenförderungstiftung, Hafnerriegel 53. Es hat so, glaube ich, wird jeder argumentieren, der schon einmal drinnen war ausgedient, so sieht das

auch die Studentenförderungstiftung und sie planen jetzt eine Veränderung, nämlich dieses Studentenheim zu übersiedeln in die Neutorgasse, dort wo die Post drinnen war. Insgesamt hat das alte Studentenheim 280 Betten und das neue Studentenheim würde dann 301 Betten fassen. Es ist so, dass die Stadt Graz seinerzeit das Grundstück vom Hafnerriegel bereitgestellt hat, nämlich unentgeltlich und das war ausgemacht, dass die Studentenheimstiftung dieses Studentenheim 80 Jahre betreiben wird auf diesem Standort und jetzt gibt es eine Übersiedlung schon nach 50 Jahren, das heißt, die Stadt Graz kann jetzt dieses Grundstück auch veräußern und da gibt es eben ein Angebot vom geschätzten Grundstückspreis von 400 Euro pro Quadratmeter, dass die Hälfte gezahlt wird, das wären 287.000 Euro und es gibt auch die Sicherstellung, dass am neuen Standort Neutorgasse auch wirklich Studentenheimplätze kommen, das ist, glaube ich, auch uns allen auch wichtig als Studentenstadt Graz. Bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

Die Stadt Graz erteilt ihre Zustimmung, dass der im § 3 des Vertrages vom 5.1.1973 zwischen der Österreichischen Studentenförderungstiftung und der Stadt Graz bezüglich der Übereignung der Liegenschaft Hafnerriegel 53 definierte Verwendungszweck „Betrieb eines Studentenheimes“ entfällt. Da diese Liegenschaft EZ 533, KG Jakomini, im Jahre 1973 unentgeltlich übereignet wurde, ist nunmehr ein einmaliger Abschlagsbetrag von € 287.000,- an die Stadt Graz zu entrichten. Die Österreichische Studentenförderungstiftung ist jedoch verpflichtet, weiterhin ein Studentenwohnheim mit mindestens 280 Betten zu betreiben. Für den Fall, dass dieser Verpflichtung auf die Dauer von 30 Jahren beginnend ab 1.12.2011 nicht

nachgekommen und kein Ersatz für dieses 280 Betten zur Verfügung gestellt wird, ist an die Stadt Graz eine Pönale von € 287.000,- zu entrichten.

GR. Mag. **Fabisch**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie vor kurzem an uns herangetragen wurde, handelt es sich bei diesem Objekt um ein nicht zu unterschätzendes Beispiel der Grazer Schule der Architektur, das auch in Architekturbüchern sich findet, aber leider nicht in einer Schutzzone steht und auch nicht durch das Bundesdenkmal geschützt wurde. Daher unsere Bitte an die Stadt, auf den Bauwerber einzuwirken, die Fassade möglichst zu erhalten. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. **Hagenauer**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mein Antrag geht in dieselbe Richtung. Es handelt sich um einen Zusatzantrag zu diesem Stück. Die Situation bei diesem Studentenheim ist, wie einige von Ihnen wissen dürften, die, dass es sich um ein Gebäude handelt aus einer Zeit, die für die Architektur in Graz aber darüber hinaus in ganz Österreich von Bedeutung war und den Ruf von Graz auch als Architekturstadt geprägt hat. Es war das erste Gebäude der Grazer Schule und ist ein typisches Gebäude für die Nachkriegsmoderne. Das Problem ist einfach dabei das, dass diese Gebäude nicht geschützt sind, sie sind nicht denkmalgeschützt bis dato beziehungsweise sie liegen auch nicht innerhalb der Altstadt. Daher sind sie auch von daher nicht geschützt, haben keine rechtliche Grundlage für ihren Schutz. Was jetzt bleibt, zu tun ist, zu dem die Planer für dieses Gebäude noch unter uns sind und bekannte Architekten sind, wären zwei Dinge zu tun und dahin geht dann auch der Antrag, mit den ehemaligen Planern in Kontakt zu treten und sie einzubeziehen mit dem, was dort passiert, weil es ist auch unbestritten natürlich, dass dieses Gebäude saniert werden muss. So wie es ist, kann es nicht stehen bleiben, es ist

Handlungsbedarf, da besteht kein Zweifel, die Frage ist nur wie und diese Frage ist eine sehr ernste, weil es gibt auch Beispiele in diesem schönen Land, wo man ein derartiges Gebäude aus dieser Periode saniert hat mit dem Erfolg, dass sie nachher nicht mehr wiederzuerkennen waren. Das gilt es zu vermeiden, daher wird der Zusatzantrag gestellt, dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz, das wäre also die Bau- und die Finanzdirektion, den künftigen Investor für das Objekt Hafnerriegel auffordern, der architektonischen Bedeutung des Gebäudes Rechnung zu tragen und zu diesem Zweck insbesondere dessen seinerzeitigen Planer einzubeziehen. Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR. **Sippel:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Zum Stück Studentenheim Hafnerriegel ist zu sagen, das hier schlechte Zustände anscheinend erhalten müssen für einen Immobiliendeal, der uns Freiheitliche, nachdem wir uns das im ganzen Gehalt und in der ganzen Sache genau angeschaut haben, so nicht gefällt. Wir teilen natürlich die Meinung, dass was passieren muss, die andere Frage, und da sind wir wieder beim heute bereits oft zitierten Wort Schnellschuss, warum das so kurzfristig und schnell passieren...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Sippel:** ...genau, heute habe ich das mit dem Schnellschuss, aber in diesem Fall ist es ja wirklich einer und das ist die Frage, warum das so kurzfristig und schnell passieren muss. Denn es sind hier keine anderen Lösungen in keinsten Weise geprüft worden, keine Alternativen geprüft worden und jetzt befindet sich natürlich hier die

Politik in einer gewissen Geiselhaft, zumal wir hier auch heute etwas abstimmen, was ja bereits unter Dach und Fach ist. Uns geht es bei diesem Stück ganz einfach um den dahinterstehenden Deal, hier gilt es, genauer hinzuschauen, vor allem auch, weil hier ein Betreiber, nämlich die Immowarte und ein Herr Kurschelt, und das fällt ganz besonders auf, nämlich in dieser Person immer wieder der gleiche hier öffentlich-rechtliche Immobilien aus ehemaligen BIG-Beständen erwerben kann. Und dann Inanspruchnahme von öffentlichen Förderungen, Studentenwohnungen errichtet, die dann natürlich in weiterer Folge an Investoren weiterveräußert werden, natürlich auch mit einem Gewinn. Und die große Frage, die sich da natürlich stellt, ist, ob für das öffentliche Förderungen, öffentliche, nennen wir es einmal so, auch verwendet werden können. Die Frage, die sich bei uns letztendlich stellt ist, wenn man weiß, dass hier das Studentenheim renovierungsbedürftig ist, warum wurde nicht nach anderen Lösungen gesucht, das stößt uns Freiheitlichen sauer auf und deswegen werden wir diesem Stück die Zustimmung verweigern (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Worte der bisherigen Sprecher habe ich vernommen, muss aber sagen zu dem Kollegen der Grünen, Kollege Hagenauer, wir sollten uns nicht in den Sack lügen, diese Textierung im Zusatzantrag ist gegenüber dem Bauwerber, dem Baubetreiber nicht durchsetzbar, das ist meine Rechtsauffassung, die ist nicht einklagbar, die ist viel zu schwammig, ungenau. Die Problematik, die ich seitens der Stadt Graz sehe ist, dass bei so einem Projekt, bei so einer Verwendung, die bisher über Jahrzehnte stattgefunden hat als Studentenheim und jeder kennt, der in Graz studiert hat, auch die Feste, die am Hafnerriegel immer wieder gefeiert worden sind, und die sehr angenehm waren. Vielleicht auch mit durch die Architektur und die Lage bestimmt, dass seitens der Stadt Graz und seitens des Betreibers dieses Studentenheimes zumindest uns gegenüber hier im Gemeinderat keine entsprechende Informationen rechtzeitig gegeben wurden, wie die Situation, wie die

bauliche Situation tatsächlich jetzt ist, wie die gesetzlichen Rahmenbeziehungen dazu ausschauen und rechtzeitig auch entsprechende Maßnahmen getroffen werden für eine Reinvestition bis hin zu den angeschnittenen Themen, was wirklich jetzt sanierungsmäßig gemacht werden müsste, um den gesetzlichen Normen zu genügen und auch wirtschaftlich eine Betriebsführung als Studentenheim am dortigen Platz zu ermöglichen. Das alles ist wirklich so aufbereitet hier, dass wir wieder wie die Pistole an die Schläfe gesetzt sagen, entweder ihr stimmt diesem Deal, der von langer Hand vorbereitet worden ist, der zu Transaktionsgewinnen in privater Seite geführt hat, zu, und da bin ich absolut in der Richtung der Argumentation auch von Armin Sippel, das sollte es nicht sein und das sollte weder bei diesem Stück noch bei anderen Stücken wirklich passieren. In diesem Sinne stimmen wir dieser Vorlage nicht zu. Danke (Applaus BZÖ).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Zusatzantrag von GR. Hagenauer wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Bergmann

15) StRH-11220/2010

Bericht betreffend die Prüfung
„Haftungsübernahmen der Stadt Graz“

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht hier über einen Bericht betreffend der Prüfung Haftungsübernahmen für die Stadt Graz. Der Prüfauftrag wurde von sieben Mitgliedern dieses Gemeinderates eingebracht. Folgende Fragen wurden an den Stadtrechnungshof gestellt, und zwar waren es vier Fragen. Erstens: Wie viele Haftungen von der Stadt Graz bis heute übernommen wurden und wie hoch

das Gesamtausmaß der bisher übernommenen Haftungen ist. Zweitens: Wie hoch die Haftungen sind, welche auf städtische Beteiligungen entfallen und welche Beteiligungen davon betroffen sind. Drittens: Auf welche Höhe sich die Haftungen für andere Institutionen, Vereine und private Unternehmungen belaufen und viertens, wie viele Haftungen in welcher Höhe in der Vergangenheit für die Stadt bereits schlagend wurden. Der Stadtrechnungshof hat die vier Fragen folgend beantwortet im Prüfbericht: Es wurden bis zum Stichtag, bis zum 31. 12. 2009, insgesamt 31 Haftungszusagen mit einem Gesamtausmaß von 369,7 Millionen Euro von der Stadt übernommen. Wobei bei der Übernahme für die Grazer Unternehmensfinanzierungsgesellschaft handelt es sich um einen konsolidierten Saldo für insgesamt 27 teilnehmende Unternehmungen. Zweitens: Die Haftungen für Schulden städtischer Beteiligungen, da war die Zahl, mit 31.12.2009 waren insgesamt 29 Haftungszusagen im Ausmaß von 369 Millionen Euro, wie man sieht, sind in erster Linie die Haftungen für städtische Beteiligungen übernommen worden. Über Haftungen für andere, da war nur mehr ein kleiner Betrag von 0,7 Millionen Euro übrig, das waren vorwiegend Haftungsübernahmen für den Wasserverband Umland Graz. Jedoch Haftungen für Dritte, hat auch der Stadtrechnungshof festgestellt, wurden im Laufe des Jahres 2010 über Beschlussstücke des Gemeinderates erst vorgelegt, die sind in diesem Prüfbericht nicht behandelt. Schlagend gewordene Haftungen wurden im Jahr 2002 eine Ausfallsbürgschaft für die Innenstadtinitiative ININ in der Höhe von 367,3-tausend Euro. Im Jahr 2004 aufgrund eines Vergleiches war dies von der Stadt Graz zu bezahlen. Weiters wurden auch im Zuge der CPC GmbH im Jahr 2006 Patronatserklärungen und Kapitalerhöhungen abgelöst. Letztendlich hat der Stadtrechnungshof auch noch festgestellt, dass bei Prüfung die Nichterfassung von Haftungen für Subventionen in der Haftungsbeilage zu den Rechnungsabschlüssen fehlt und er hat auch die Empfehlung herausgegeben, dass das in Zukunft genau dokumentiert werden soll. Nicht geprüft wurden in diesem Prüfbericht Haftungsübernahmen von städtischen Tochterunternehmungen für Dritte, es soll aber diesbezüglich in Zukunft eine Meldepflicht für städtische Unternehmen im Bereich des Reformprozesses Haus Graz verankert werden. Es ist

auch festzustellen, dass eine steigende Tendenz städtischer Haftungsübernahmen für Dritte zu verzeichnen ist, die Diskussion hat sich in erster Linie um dieses Thema gedreht, vor allem auch im Vorlauf des Thalia-Projektes und es wurden im Rahmen der Diskussion im Kontrollausschuss auch vom Stadtrechnungshof Empfehlungen für künftige Haftungszusagen eingefordert. Hier ist in erster Linie anzumerken, dass zwei Fälle zu betrachten sind, das Erste sind wieder die Haftungsübernahmen für Dritte und da wird festgestellt, dass Haftungen der Stadt für Schulden Dritter die sollten ausnahmsweise nur gewährt werden, wenn im Einzelfall schlüssig nachgewiesen werden kann, dass die Haftungsübernahme besonders schwer wiegende städtische Interessen dafür sprechen. Dafür sind nach hier vertretener Auffassungen sehr enge Grenzen zu setzen und im Einzelfall ist das Risiko vorsichtig abzuschätzen und begrenzt zu halten und die rechtlichen Rahmenbedingungen sind einzuhalten. Ich bitte um Annahme dieses Prüfberichtes. Danke.

Die Berichterstatterin stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Dr. Piffel-Percevic

NT 17) A 2 – K 748/2010 -1

Verleihung des Ehrenringes an
Vizepräsident a.D. Superintendent a.D.
Professor Mag. theol. Ernst-Christian
Gerhold

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Wir wollten der Vorsitzenden eine besondere Freude machen. Gerhold mache zunächst ich. Superintendent außer Dienst Professor Magister der Theologie Ernst-Christian Gerhold war allen sehr gut bekannt, ist nach wie vor allen sehr gut bekannt, aber speziell auch in seiner Funktion als Superintendent der evangelischen Kirche bis 1999 für zwei Perioden. Ich fasse nur die wesentlichsten Dinge zusammen, ich möchte der Laudatio dann am 18. November in keiner Weise vorgreifen. Er war nach dem zweiten Vatikanum insbesondere in der katholisch-evangelischen Kommission, er war ja ein begnadeter im wahrsten Sinne des Wortes und ist Vertreter der Ökumene, er war auch im interkonfessionellen Arbeitskreis der Ökumene in der Steiermark. Zuletzt für uns sozusagen auch direkt besonders wichtig, war er von 2005 bis 2008 Vorstandsvorsitzender des Friedensbüros. Er hat das Große Goldene Ehrenzeichen mit dem Stern des Landes Steiermark schon erhalten und viele weitere Auszeichnungen. Ich ersuche daher um Zustimmung, ihm den Ehrenring der Stadt Graz zuzuerkennen und danke für Ihre anzunehmende Zustimmung.

Der Berichterstatter stellt namens des Stadtsenates den Antrag, der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen, Herrn Vizepräsident a.D. Superintendent a.D. Professor Mag. theol. Ernst-Christian Gerhold den Ehrenring zu verleihen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Potzinger

NT 18) A 2 – K 73/1995-6

Verleihung des Ehrenringes an Dr.ⁱⁿ. Grete Schurz
erste Frauenbeauftragte der Stadt Graz

GRin. **Potzinger:** Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Es geht um eine besondere Persönlichkeit unserer Stadt, Dr.ⁱⁿ Grete Schurz. Eine Vorkämpferin, was Anliegen von Frauen betrifft. Sie ist seit 15 Jahren Bürgerin unserer Stadt, hat sich dafür eingesetzt, erfolgreich eingesetzt und zustande gebracht, dass Graz nach Wien die zweite Stadt in Österreich war, die ein Frauenhaus bekommen hat. Sie war auch unsere erste Frauenbeauftragte, sie hat sich insbesondere immer für die Anliegen von Müttern eingesetzt, Müttern in schwierigen Lebenssituationen, auch für Mütter in ihrer persönlichen Lebenssituation, sie war immerhin 20 Jahre hauptberuflich Familienmanagerin und hat nach der Kinderpause Psychologie und Pädagogik und Soziologie studiert, war Redakteurin der Tagespost und später freie Mitarbeiterin der Kleinen Zeitung. Ihre Kommentare sind legendär. Eine Pionierin, manchmal auch eine Prophetin, es möge ihr in ihrer Geburts- und Heimatstadt die Ehre zuteil werden, dass sie den Ehrenring erhält. Diesen Antrag stelle ich hiermit und bitte um Annahme.

Die Berichterstatterin stellt namens des Stadtsenates den Antrag, der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle beschließen, Frau Dr.ⁱⁿ Grete Schurz, erste Frauenbeauftragte der Stadt Graz, den Ehrenring zu verleihen.

GRin. Mag.^a **Grabe:** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur ein paar Worte dazu ergänzen, denn mir als Frauensprecherin der Grazer Grünen ist es natürlich auch, wie auch dir, Sissi Potzinger, eine sehr große Freude, dass erstmals eine Frau mit dem Ehrenring geehrt wird. Langsam wird es ja Zeit oder schnell wurde es Zeit. Du hast schon einiges, Sissi, gesagt über Dr.ⁱⁿ Grete Schurz, ich bin sehr froh, dass wir gerade sie als die Vorreiterin für diese Ehrenringrunde ausgewählt haben, da sie neben all dem, was du gesagt hast, sicher auch eine Ikone der Grazer Frauenbewegung ist und in dem Sinne, dass sie nämlich auch sehr stark an

Vernetzung und Teamwork unter Frauen gearbeitet hat und das ihr Grundsatz war, hoffe ich, dass sie bei den Trägerinnen des Ehrenringes genauso sehr bald ein großes weibliches Team hat und sie ihre Vernetzung und ihr Teamwork beim gemeinsamen Ringtragen mit vielen anderen Frauen auch zum Ausdruck bringen kann. Danke (*Applaus Grüne*).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Frölich

NT 23) A 8 – 037134/2006/0011

A 8/4 – 1916/2001

Thalia Graz

1.) Verlängerung des bestehenden

Baurechts um 10 Jahre bis 2057

2.) Haftungszusage der Stadt Graz gegen

Gewährung einer Call-Option

GR. Mag. **Frölich**: Hoher Gemeinderat! Das Thema Thalia kennen ja viele von Ihnen schon seit geraumer Zeit, seit in etwa zehn Jahren, würde ich jetzt einmal sagen. Wir haben dieses Stück im Finanz- und Liegenschaftsausschuss sehr breit diskutiert. Es wurde das Stück auch beziehungsweise die darin vorgeschlagene Vorgehensweise vom Stadtrechnungshof mehrfach kommentiert. Ich beschränke mich daher auf zwei wesentlichen Punkte: Die derzeitige Situation als Ausgangslage ist Ihnen bekannt, die Projektgesellschaft beziehungsweise der Bauwerber hat einen liquiden Baubescheid in einen rechtskräftigen Baubescheid zur Errichtung eines Hotels in Händen, die Nichtvollendung dieses Projektes ist Ihnen allen bekannt, eine, wenn Sie so wollen, ein Torso eine städtebaulich nicht zufriedenstellende Lösung steht da neben der Oper. Im nächsten Schritt oder in letzter Zeit wurde ein baukünstlerischer Wettbewerb durchschritten, es wurde ein alternativer Ausbau ausgelobt, die Juryentscheidung ist abgeschlossen, ein Mieter an der Hand, John Harris

Fitnessstudio-Kette, weltweit tätig, hat schon einen Mietvertrag in Händen, der auch der Stadt vorliegt. Es ist, wenn Sie sich zurückerinnern, in der Gemeinderatssitzung vom Juni 2009 sind uns vier Varianten, vier mögliche Varianten vorgelegt worden. Über die weitere Vorgehensweise vom Ankauf der gesamten Liegenschaft durch die Stadt, wo sich keine Mehrheit gefunden hat, bis hin zu der jetzigen Vorgehensweise, und die sieht vor, dass vielleicht darf ich da den Antragstext verlesen zwei Punkte, auf die sich das fokussiert, einerseits eine Verlängerung des bestehenden Baurechtes um zehn Jahre bis zum Jahr 2057. Nachdem sich ja schon das alte Baurecht in den letzten zehn Jahren als unausgenützt verstrichen ist und im Punkt zwei eine Haftungszusage der Stadt Graz gegen Gewährung einer sogenannten Call-Option. Ich darf jetzt im Namen des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses die beiden Punkte im Antragstext Ihnen präsentieren. Erstens: Das von der Stadt Graz der Thalia Errichtungs GmbH Baurechtsnehmerin und Projektgesellschaft eingeräumte Baurecht am Grundstück wird bis zum 31.12.2057, also um zehn Jahre verlängert, und der Bauzins für den Zeitraum 1.1.2018 bis 31.12.2027 mit 2,25 % des Verkehrswertes der unbebauten Liegenschaft und erst dann mit 4,5 % des Verkehrswertes des unbebauten Grundstückes festgesetzt. Die Verkehrswertfestsetzung erfolgt, wie vertraglich vereinbart, von gerichtlich beeideten Sachverständigen für Liegenschaftsbewertungen. Sämtliche übrigen Vertragspunkte des Baurechtsvertrages, der ja schon existiert vom 13.3.2001, bleiben vollinhaltlich aufrecht. Im Punkt zwei: Die Stadt Graz erwirbt unter der Bedingung der Fertigstellung des nun geplanten Zubaus zu den maximal laut Business Plan, der in der Beilage dem Stück beigelegt ist, definierten Investitionskosten und der laut Business Plan dargestellten Finanzierungsstruktur per 1.1.2013 von der Baurechtsnehmerin das Recht, das ist diese sogenannte Call-Option, jederzeit durch einfache Erklärung und Bezahlung des zum Erklärungszeitpunkt ausstehenden Gesamtbligos der Baurechtsnehmerin plus einer zu definierenden Eigenkapitalabgeltung das obige Baurecht samt allem Zubehör zurückkaufen zu können. Im Gegenzug erklärt die Stadt Graz gegenüber der finanzierenden Bank für ein separat einzurichtendes Bankkonto der Projektgesellschaft eine Haftung zu

folgenden Bedingungen zu übernehmen: Die Stadt Graz haftet für jenen Kreditbetrag, den die Projektgesellschaft infolge unterplanmäßiger Performance neben dem jeweiligen Kreditstand laut Business Plan auf diesem separaten Bankkonto beantragt und ausbezahlt erhalten hat, maximal jedoch, das ist jetzt der springende Punkt, für fünf Millionen Euro. Der Haftungszeitraum beginnt ab Fertigstellung des Zubaus zu den maximal laut Business Plan definierten Investitionskosten und endet am 31.12.2042. Im Falle der Überschreitung des Maximalbetrages von fünf Millionen Euro hat die Bank das Recht, von der Stadt die Ausübung der Call-Option zu verlangen. Das war jetzt der Antragstext, Punkt 1 und 2. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Punkt 5, 6 und 10, sowie mit der erforderlichen erhöhten Mehrheit gemäß Abs. 3 Ziffer c des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 idgF LGBl. 42/2010 beschließen:

- 1.) Das von der Stadt Graz der Thalia Errichtungs GmbH (Baurechtsnehmerin und Projektgesellschaft) eingeräumte Baurecht am Grundstück Nr. 804/1, KG Innere Stadt, wird um 10 Jahre, also bis 31.12.2057, verlängert und der Bauzins für den Zeitraum 1.1.2018 bis 31.12.2027 mit 2,25 % des Verkehrswertes der unbebauten Liegenschaft und erst dann mit 4,5 % des Verkehrswertes des unbebauten Grundstückes festgesetzt. Die Verkehrswertfestsetzung erfolgt – wie vertraglich vereinbart – von gerichtlich beeideten Sachverständigen für Liegenschaftsbewertungen. Sämtliche übrigen Vertragspunkte des Baurechtsvertrages vom 13.3.2001 bleiben vollinhaltlich aufrecht.
- 2.) Die Stadt Graz erwirbt – unter der Bedingung der Fertigstellung des nun geplanten Zubaus zu den maximal laut Business Plan (Beilage 1) definierten Investitionskosten und der laut Business Plan dargestellten

Finanzierungsstruktur per 1.1.2013 – von der Baurechtsnehmerin das Recht (Call-Option), jederzeit durch einfache Erklärung und Bezahlung des zum Erklärungszeitpunkt ausstehenden Gesamtkreditobligos der Baurechtsnehmerin plus einer zu definierenden Eigenkapitalabgeltung das obige Baurecht samt allem Zubehör zurückkaufen zu können. Im Gegenzug erklärt die Stadt Graz gegenüber der finanzierenden Bank, für ein separat einzurichtendes Bankkonto der Projektgesellschaft eine Haftung zu folgenden Bedingungen zu übernehmen: Die Stadt Graz haftet für jenen Kreditbetrag, den die Projektgesellschaft infolge unterplanmäßiger Performance neben dem jeweiligen Kreditstand laut Business Plan (Beilage 1) auf diesem separaten Bankkonto beantragt und ausbezahlt erhalten hat, maximal jedoch für 5 Mio. Euro. Der Haftungszeitraum beginnt ab Fertigstellung des Zubaus zu den maximal laut Business Plan (Beilage 1) definierten Investitionskosten und endet am 31.12.2042. Im Falle der Überschreitung des Maximalbetrages von 5 Mio. Euro hat die Bank das Recht, von der Stadt die Ausübung der Call-Option zu verlangen.

StR. **Herper:** Frau Vorsitzende, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Thaliakomplex, im wahrsten Sinne ein Komplex für manche, im wahrsten psychologisch ökonomischen Sinne beschäftigt uns ja schon seit neun Jahren. Über die sehr diskussionswürdige Haftungsfrage, die ja angestrebt wird mit dem Stück seitens der Stadt für das geplante Acoton-Gollenz-Projekt, die wir ja schon seit langem und über die Jahre in allen ihren Facetten für sehr fragwürdig halten, weil die Haftung für ein Fitness-Center ist ja nicht gerade die Aufgabe von, öffentlichem Interesse. Darüber wird die Kollegin Mag.^a Susanne Bauer befinden, weil sie als Rechnungshofsprecherin entsprechend Einblick genommen hat. Ich halte nur sehr viel davon, weil ich das aus dem Ausschuss erfahren habe heute Mittag, ein bekanntes traditionsreiches Bankinstitut hat Abstand genommen, hat die Verhandlungen mit der Finanzdirektion

abgebrochen, ein zweites hat der Finanzreferent heute Mittag bekanntgegeben, wäre bereit, aber noch nicht definitiv oder nur noch in der Erwägung zuzustimmen, also im doppelten Sinne eine Art Geschäft zu Lasten der Steuerzahlerinnen und der Steuerzahler sowohl was die Haftungsfrage und die Call-Option betrifft, ein Finanzkonstrukt, das weißt in die erste Hälfte dieses Jahrhunderts hineinreicht und zum Zweiten, nicht einmal sicher, welches Finanzinstitut Partner sein wird. Mir geht es aber als Kultur- und Theaterangelegenheitsreferent bei dieser Beschlussfassung auch um die Sicherheit für die Grazer Bühnen und die späteren Nutzungsbedingungen, weil die laufenden Nutzungsbedingungen, die durch den Beschluss heute in Frage kommen. Während der Umbauphase von zirka 14 bis 16 Monaten muss das gesamte Kinder- und Jugendtheater Next Liberty, das heißt, die kompletten Räumlichkeiten und sonstige Infrastruktur vollständig ausgesiedelt werden. Die künstlerische, wirtschaftliche Problematik ergibt sich vor allem daraus, dass die Premieren und Vorstellungen während der Bauphase zum Großteil vertraglich fixiert sind und es daher damit zu rechnen ist, dass sowohl beträchtliche künstlerische Einschränkungen als auch Behinderungen, aber auch erhebliche Mehrkosten und geringere Einnahmen kommen werden. Die Grazer Oper hat im Thalia-Gebäude verschiedene Räumlichkeiten, zum Beispiel Probebühne, Studiobühne, die während der Umbauphase nicht benutzbar wären, in der Oper ist der Spielplan bereits, wie wir alle wissen, die wir Opern- und Theatergänger und Kulturinteressierte sind, für zwei, drei Jahre im Detail festgelegt, das heißt, alle Verträge mit SängerInnen, Regisseurinnen, DirigentInnen etc. rechtsgültig abgeschlossen, die Oper benötigt also Ersatzräume insbesondere für die große Probebühne. Da die genauen Umstände und der genaue Zeitplan eines allfälligen Umbaus noch nicht konkret vorliegen, können auch keine konkreten Kosten, das gebe ich zu, für Ersatzräume, angedacht sind ja Räume auf der Grazer Messe, bekanntgegeben werden, aber es gibt eine erste Grobkostenschätzung mit Kosten für einen Einnahmefall und für das Kinder- und Jugendtheater Next Liberty in einer Größenordnung von insgesamt 600.000 bis 700.000 Euro. Ich mache nur darauf aufmerksam, damit muss gerechnet werden. Das

Zweite, die Problematik des Ausbaues der Thalia wird noch zusätzlich um den Umstand verschärft, dass die Thalia Errichtungs GesmbH zirka 400 Quadratmeter an bestehenden Räumlichkeiten der Bühnen für das Fitness-Studio in Anspruch nehmen will, was auch einerseits ebenfalls zur Anmietung von Ersatzräumen für die Umbauphase und andererseits der Notwendigkeit der Schaffung von gleichwertigen Ersatzflächen im Zuge des Umbaus auf Kosten der Thalia Errichtungs GesmbH führen muss. Diese Kosten können an sich der Theaterholding, ich bin an Beschlüsse des Aufsichtsrates gebunden, weder an die Stadt Graz noch an das Land Steiermark noch an die Theaterholding und ihre Tochtergesellschaft abgewälzt werden. Die hier benötigten Flächen sind vertraglich von der Stadt Graz und dem Land Steiermark dem Theaterbetrieb zur kostenlosen Nutzung zur Verfügung gestellt worden und wurden überwiegend im Zuge der großen Opernhaussanierung 1983/85 aus öffentlichen Mitteln errichtet. Auch hierbei für die 400 Quadratmeter Büroräumlichkeiten direkt bei der Oper, die zu schaffen sind, da ja Adaptierungen, EDV-Anschlüsse notwendig sind, sind Kosten im Ausmaß von 100.000 bis 120.000 Euro zu berechnen. Also wir haben einmal 600.000 bis 700.000 Euro Grobschätzung für die Umsiedlung, Ersatzräumen, für Probebühne und Next Liberty und wir haben Notwendigkeit 100.000 bis 120.000 während der Umbauphase für die Ersatzräumen. Dann gibt es noch die Notwendigkeit, dass die Bühnen anstreben einen 450 bis 500 Quadratmeter, nämlich nach den Erfahrungswerten in einer Größenordnung von zirka einer Million bis 1,1 Millionen ohne Einrichtung notwendig macht, dieser Betrag, gebe ich zu, gibt es einen mündlichen Vorschlag vom Geschäftsführer der Theaterholding Graz, nämlich ein Drittel Theaterholding, ein Drittel Stadt, ein Drittel Land, da würde auf die Stadt zukommen mindestens 350.000 Euro, also man kann sich die Summen nur ungefähr langsam summieren anfangen. Preisverhandlungen zwischen der Thalia Errichtungs GesmbH und den Bühnen gibt es nicht. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die 450 bis 500 Quadratmeter, die zusätzlich notwendig sind, aufgeschlagen werden auf die Kosten, nämlich in Frage der Haftungsübernahme durch die Stadt Graz. Next Liberty und die Oper benötigen mindestens sechs Monate ab der Beschlussfassung des Gemeinderates für die nötige Umsiedlung, um diese zu

bewerkstelligen, dazu bedürfen sie aber rechtsgültiger Beschlüsse. Ein Beschluss könnte heute fallen, nämlich auch Beschlüsse über die Kostentragung der Ersatzräumlichkeiten und den Ersatz der Mehrkosten, weil wir ja mit erhöhten Überstunden bei der Technik, zusätzlichen Transportkosten, Adaptierung der angemieteten Räumlichkeiten zu rechnen haben. Was die zuerst schon angesprochenen 400 Quadratmeter betrifft, lieber Thomas, weil das ist eine ernste Geschichte, da geht es um 100.000 Euros, über die es in dem Stück keine Wiederfindung gibt, die auch nicht beschlossen wurden. Die 500 Quadratmeter Altbestand für das Fitness Studio

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Stadtrat, bitte die Redezeit beachten.

Zwischenruf GR. Rajakovics: Alle müssen sich an die Redezeit halten.

StR. **Herper**: Ich bin schon bei der Abrundung...bedürfen der ausdrücklichen Zustimmung des Landes Steiermark, die müsste vorliegen, nämlich die Vertreter des Landes Steiermark als Eigentümervertreter und 50%-Gesellschafter der Theaterholding haben nachdrücklich zum Ausdruck gebracht, dass die Finanzierung, die Zusatzfinanzierung, die Ersatzfinanzierung durch die Stadt Graz sicherzustellen sein muss, denn dass keine direkte oder indirekte finanzielle Belastungen für das Land Steiermark oder die gemeinsam finanzierte Theatergesellschaften im Zusammenhang mit diesem Projekt entstehen dürfen. All diese Fragen, all diese ungeklärten Fragen, alle diese offenen Fragen, alle diese Kostenfragen sind aus unserer Sicht nicht geklärt und bedürfen eigentlich einer schriftlichen Vereinbarung

zwischen Stadt und Land und vor allem auch einer Vereinbarung zwischen Stadt und Theaterholding. In diesem Sinne werden wir diesem Stück unsere Zustimmung verwehren und werden dann noch anschließend einen Vorschlag für eine Vorgehensweise noch einbringen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen und Kolleginnen! Ein schwieriges Stück, aber schon sehr oft und sehr lange diskutiert, auch heute im Ausschuss bereits sehr ausgiebig diskutiert und ich glaube, die Details können wir wirklich dort diskutieren, deswegen werde ich mich hier sehr kurz fassen. Wir Grünen sehen sehr wohl die Schwierigkeiten, die bei diesem Bau und bei dem Projekt entstanden sind, aber die Schwierigkeiten gehen vor allem auf Beschlüsse des Jahres 2001 zurück oder rund um das Jahr 2001, ich sage nur Ausschreibungsrecht, grundbücherliche Absicherung, Altstadtkommission, all das wurde ja ausgiebig diskutiert. Für uns Grüne ist die volle Haftungsübernahme für neue und alte Schulden der falsche Weg. Wir können hier nicht mitgehen, wir werden gegen dieses Projekt stimmen, es ist ausgiebig diskutiert. Einen Wunsch haben wir aber, sollte die Stadt Graz wirklich diesen Weg wählen, wir hoffen natürlich nicht, aber wir sehen, dass es so sein wird, so ersuchen wir nachdrücklich um eine sehr sorgfältige Vorgangsweise. Ich glaube, das Projekt ist so schwierig, das hat sich dieses Projekt verdient, passen wir bitte gemeinsam auf, dass hier keine weiteren Schwierigkeiten eingehandelt werden. Wir sind gegen das Projekt, aber das Projekt wird stattfinden, ich bitte einfach um eine sehr sorgfältige Bearbeitung (*Applaus Grüne*).

GRin. **Bergmann**: Lieber Karl-Heinz, du hast hier schon die Problematik sehr breit eigentlich berichtet. Ich möchte auch gar nicht mehr auf die finanziellen Sachen eingehen, sondern für mich stellt sich hier schon die Frage, welches öffentliche

Interesse liegt an dieser Haftungsübernahme beziehungsweise an diesem Projekt? Im Finanzausschuss wurde vom Herrn Stadtrat Rüschi die Antwort gegeben auf diese Frage, in erster Linie auch aus städtebaulicher Sicht. Für unsere Fraktion kann es das nicht sein, also nur aus rein städtebaulicher Sicht kann die Stadt hier nicht so viel Geld in die Hand nehmen. Ich sage jetzt bewusst schon, Geld in die Hand nehmen, weil das Risiko, die ganzen Informationen, die wir bekommen haben, die zeigen, dass das Risiko hier, dass da etwas schief gehen kann, äußerst hoch ist. Wie, Herr Bürgermeister, erklären wir das der Bevölkerung? Auf der einen Seite werden Sparmaßnahmen getätigt, werden Gebühren erhöht, auf der anderen Seite wird hier Unternehmen sozusagen das unternehmerische Risiko abgenommen. Gerade die ÖVP, denke ich, die ist immer so mehr Privat, weniger Staat, aber letztendlich in solchen Fällen sieht man dann immer, dass doch auch immer wieder große Unternehmen dann doch letztendlich vom Staat oder von der öffentlichen Hand ihre Risikobedeckung haben wollen, und das ist in diesem Punkt wirklich ganz, ganz klar ersichtlich (*Applaus KPÖ*). Der Herr Gollenz von der Acoton, der hat ja eine aufrechte Baugenehmigung gehabt, er hätte halt müssen geringer dimensionieren, aber er hat die ganzen Jahre über, hätte er bauen können, hätte er etwas tun können in dieser Frage. Auch wenn der Herr Stadtrat Rüschi im Finanzausschuss gesagt hat, es hat vor Jahren die Diskussion gegeben, soll die Stadt das gesamte Areal oder das Objekt übernehmen und man hat hier keine Mehrheiten gefunden. Aus heutiger Sicht, es ist hier eigentlich in der Vergangenheit schon mit öffentlichen Geldern hasardiert worden, indem diese Baurechte in dieser Form, diese Hotelausbauten eigentlich damals schon ins Auge gefasst wurden. Jetzt haben wir im Endeffekt die Misere und die Stadt wird wahrscheinlich in jedem Fall viel, viel Geld in die Hand nehmen müssen. Ob es jetzt in Form einer Haftung ist oder ob sie das Objekt jetzt selbst übernimmt. Es ist nur die Frage, für wie gebe ich dieses Geld letztendlich aus? Gebe ich das jetzt wirklich für ein öffentliches Interesse aus, wir haben hier gehört, dass die Bühnen in Trouble kommen, dass die Theaterholding zur Kasse gebeten wird, dass die Stadt zusätzlich zu dieser Haftungsübernahme zur Kasse gebeten wird, also ich denke, für uns ist es ein äußerst problematisches Stück und wir warnen davor, diese

Haftungsübernahmen wirklich zu übernehmen, denn es gibt so viele schwarze Flecken in diesem ganzen Stück, in diesen ganzen Vereinbarungen, diese Verantwortung möchte ich nicht übernehmen, also unsere Fraktion war immer dagegen und wird auch diesem Stück heute nicht zustimmen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Hötzl:** Sehr geehrte Damen und Herren! Die endlose Geschichte Thalia wieder einmal. Seit zehn Jahren mittlerweile beschäftigt dieses Thema dieses Gremium hier. Ich möchte nur auf eines hinweisen, mein Vorredner oder der Dr. Wohlfahrt hat es vorher eh schon selber auch gesagt, die Firma Acoton beziehungsweise die Thalia ErrichtungsGesmbH mit dem Geschäftsführer Gollenz hat eine gültige Baugenehmigung für ein Hotel. Der einzige Grund, warum dieses Hotel heute noch nicht steht, ist, weil die Stadt Graz sonst massive Probleme bekommen hätte. Also das ist in irgendeiner Form, wenn man so will, auf freiwillige Basis der Firma Thalia Errichtungs GesmbH passiert. Das Ergebnis für Thalia ErrichtungsGesmbH ist, dass es mittlerweile zirka, die Zahlen divergieren, zwischen vier und sechs Millionen Euro Schaden gegeben hat für das Unternehmen selber. Was man weiter beachten muss, wir sind Liegenschaftseigentümer, es kann uns also keinesfalls egal sein, was dort passiert. Der Status quo ist sicher kein massiver schlimmer Status, aber es kann so auch nicht weitergehen, das Grundstück beziehungsweise das Gebäude ist halbfertig, nahezu ein Rohbau eigentlich, also es gehört dort etwas gemacht, es gehört dort entwickelt, es ist für die Stadt Graz sicher ein strategischer Standort, es ist für das Stadtbild ausschlaggebend, es ist eine zentrale Lage, also dass uns das völlig egal ist und wir sagen, wir beschließen da gar nichts und die Thalia soll machen, was sie will, das kann es wohl auch nicht sein. Risiken gibt es auf beiden Seiten. Wenn nämlich nichts passiert, besteht die Gefahr, dass die Thalia ErrichtungsGesmbH ganz einfach pleitegeht und dann gibt es mehrere Probleme. Wir haben auf jeden Fall Probleme mit dem Rückkauf der Probebühne, wir sind dort noch nicht im Grundbuch drinnen, aber nicht aus irgendeinem Fehler heraus, sondern aus rechtlich, aus unserer Sicht

zumindest, aus rechtlich einwandfreien Gründen, das Wohnungseigentum bei einer Parifizierung darf dort erst eingetragen werden und das ist vertraglich so vereinbart, nachdem das Projekt von Seiten der Thalia ErrichtungsgesmbH fertig ist, das ist noch lange nicht fertig, es ist nicht einmal begonnen worden, also da ist Gollenz offenbar rechtlich einwandfrei auf der richtigen Seite. Wie gesagt, im Falle einer Pleite können wir uns da einmal streiten beginnen, dann können wir es wahrscheinlich noch einmal kaufen, der eingesetzte Masseverwalter wird sicherlich im Wege einer Schadenersatzklage die Schäden, die entstanden sind in den letzten zehn Jahren, einfordern. Wie gesagt, vier bis sechs Millionen Euro reden wir da und das Ergebnis wird sein, dass wir ein Grundstück um dieses Geld zurückbekommen, was erst nicht entwickelt ist. Also unterm Strich kostet es uns dann definitiv wirklich was und bekommen tun wir den Status quo. Diese Lösung, so wie sie jetzt vorliegt, ist aus unserer Sicht, und ich denke auch aus Sicht der Stadt Graz sicherlich die beste Lösung, das Risiko ist natürlich da, es ist aber kalkulierbar, es ist für beide Seiten, auch für uns, relativ genau kalkulierbar und man redet immer von fünf Millionen, was es uns kostet. Wenn die Performance planmäßig läuft dort, kostet es uns gar nichts. Wir gehen vom Worst Case aus, dann kostet uns was, dann kostet uns nämlich wahrscheinlich genau das, was es uns sowieso kosten würde, wenn wir nichts machen jetzt und dann bekommen wird aber ein völlig entwickeltes Projekt zur Verfügung gestellt. Wir von der FPÖ haben bei den Verhandlungen auch teilgenommen, wir sind zufrieden, wir haben das Ergebnis dahingehend beeinflusst, dass die Haftung niedriger wird als früher geplant ist und wir werden dem ganzen Stück die Zustimmung geben. Danke (*Applaus FPÖ*).

GRin. Mag.^a **Bauer**: Ein Wort zu meinem Vorredner, auch in Ausschüssen wurde diskutiert über ein Aussonderungsrecht im Rahmen des Konkursverfahrens, wurde zumindest in den Ausschüssen, in denen ich war, keine Antwort gegeben. Aber das Stück, ich möchte ganz kurz einleitend Bezug nehmen auf das, was der Herr

Bürgermeister heute schon gesagt hat, er hat gesagt, wir müssen Zeichen setzen. Wir haben heute eine Vorlage von ihm gekriegt, unser Gremium zu verkleinern, auch das der Stadtregierung, mit diesem Stück wird ein weiteres Zeichen gesetzt, nämlich, dass die Stadt für ein Unternehmen für einen besonderen Unternehmer, der auch Innungsmeister ist, eine Haftung übernimmt. Was macht das Stück aus, und für das Protokoll möchte ich es im Kurzen nochmals anführen. Erstens, es gibt viele Risiken für die Stadt und das müssen wir uns auch bewusst sein, wir wissen, dass sich der Zinssatz ändern kann und wir wissen sehr gut, dass wir momentan in einer Niedrigzinsphase sind, die Erwartungen gehen nach oben, wir können uns zu gut erinnern an Zinssätze mit 11 % bis 15 %, das ist auch noch nicht so lange her, werte Kolleginnen und Kollegen, auch wenn hier mit einem Zinssatz von 5 % gerechnet wurde oder der Herr Stadtrechnungshofdirektor auch dargestellt hat in seinem Bericht mit 8 %, dann heißt das, wir müssen, wenn sich der Zinssatz ändert, das übernehmen. Soweit das Risiko. Die Leerstehungen, ja das wissen wir, es ist ein Großmieter drinnen, wenn er das annimmt, ist es gut, wenn er nach zehn Jahren rausgeht, ist es etwas schwieriger, weil dann muss auch umgebaut und umgeplant werden, diese Kosten sind nicht berücksichtigt. Weiters ist auch noch das Risiko rund um die Haftung, zu welchem Preis müssen wir das Ganze ja dann, nicht nur die fünf Millionen auch den Übernahmepreis. Also hier haben in Summe ein Bündel an Risiken und dahinter steht, und das haben wir auch im heutigen Bericht mit verpackt in dem Gemeinderat erhalten, dass es Haftungen nicht in Einzel Partikularinteressen eine Stadt zu geben hat, sondern wenn ein spezifisches öffentliches Interesse da ist, und das ist auch in dem Stück heute in der Vorlage für uns im Stadtrechnungshofbericht drinnen. Zweitens: Was macht das Stück noch aus? Es wurde auch einiges ausgespart, es sind die ersten beiden Jahren Blackbox, da ist nichts darin enthalten, wir mussten mühsam nachfragen, wie schaut das aus mit den Umbaukosten, wie schaut es aus mit der Bühne, wohin wird was getragen, wer wird die Kosten übernehmen, was ist mit den Bauzeitinsen? Drittens: Was macht das Stück noch aus? Das ist der Business-Plan mit einem besonderen Zeithorizont, 50 Jahre ja, sehr geehrte Damen und Herren, rechnen wir jetzt einmal hoch, wie alt sind wir in 50 Jahren? Was macht das

Stück diesbezüglich noch aus? Ein Turning Round in 35 Jahren in etwa bei fortlaufend steigenden Umsätzen, das sind Annahmen, um zu einem Rechenmodell zu kommen dass es ein tolles Ergebnis in Summe sein sollte. Also das Stück zeichnet sich durch Risiken, durch Aussparungen, durch besondere Annahmen, ich sage es jetzt freundlich, aus. Das, was wir heute entscheiden, das werden wir nicht mehr zu tragen haben, nicht mehr in dieser politischen Funktion und ich wünsche uns allen ein langes Leben, aber wahrscheinlich die Zeche wird und kann in einem großen Ausmaß auf diese Stadt hereinfallen, zahlen müssen es die Bürgerinnen und Bürger, dieses Zeichen, Herr Bürgermeister, können und wollen wir so nicht mittragen (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag.^a **Grabe**: über diese ganze Frage der Haftungsproblematik ist jetzt eh schon einiges gesagt worden, auch von meiner Vorrednerin. Ich möchte auf einen Punkt, den wir heute im Ausschuss noch diskutiert haben, zu sprechen kommen, weil ich heute im Ausschuss einen Zusatzantrag dazu angekündigt habe, und zwar geht es um diese Frage, die auch schon erwähnt wurde, die zu erwartenden Mehrkosten für die Ersatzräumlichkeiten beziehungsweise sonstige dazu anfallende Mehrkosten. An sich wäre eben, wie gesagt, ein Zusatzantrag geplant gewesen. Ich habe jetzt von den Kolleginnen und Kollegen von SPÖ und KPÖ, die das inhaltlich auch wünschen, dass abgesichert ist, dass eben nicht die Stadt oder die Vereinigte Bühnen diese Kosten übernehmen, von ihnen gehört, dass sie eine andere Logik von Zusatzantrag sehen als ich, also die Logik ist für mich auch nachvollziehbar, dass man sagt, einem Antrag, den man generell nicht zustimmt, kann man auch keinen Zusatz geben. Ich hätte jetzt schon gedacht, dass man sagt, selbst wenn ein Stück gegen den eigenen Willen beschlossen ist, kann man versuchen, im Nachhinein Dinge, die einem wichtig sind, zu verbessern. Es macht nur jetzt keinen Sinn, einen Zusatzantrag zu machen, zu dem wir zustimmen und sonst niemand, möchte aber auf das zurückkommen, was Sie, Herr Bürgermeister, und auch du, Gerhard Rüscher, im Ausschuss gesagt habt, nämlich dass

es das Bemühen geben werde, diese Kosten natürlich dann auch nicht von der Stadt oder den Vereinigten Bühnen tragen zu lassen, sondern in den Business-Plan einzuarbeiten beziehungsweise von der Thalia-Errichtungsgesellschaft übernehmen zu lassen und möchte einfach damit nur ankündigen, ich nehme das so an, ich vertraue einmal, dass ihr das versucht, aber wir werden sicher bei vielen Gelegenheiten, wo das Stück uns noch begleiten wird, und bei den Gelegenheiten, die die Gemeinderatstätigkeit uns erlauben, nachfragen, nachbohren, ob das auch wirklich so ist, dass also garantiert nicht die Kosten, die sonst jeder Eigentümer oder jede Eigentümerin bei Mietmöglichkeit zu übernehmen hat, dass die dann vielleicht auch noch auf Stadt oder städtische Betriebe abgewälzt werden. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Erlauben Sie mir zum Stück Thalia ein paar Sätze. Es ist jetzt, glaube ich, das Stück, das mich seit 1999 herum oder 1998/99 beschäftigt. Ich war damals als Finanz- und Beteiligungsreferent auch Mitglied des Theaterausschusses der Vereinigten Bühnen von Graz unter dem wechselnden Vorsitz von Altbürgermeister Alfred Stingl und Frau Landeshauptmann der Steiermark, Waltraud Klasnic, und wir haben dort immer wieder heftig ein öffentliches Interesse zu hören bekommen, dass wir endlich den Irrsinn abstellen, dass bei unseren Vereinigten Bühnen am Vormittag die Bühne des Vorabends abgebaut werden muss, eine Probebühne aufgebaut werden muss, geprobt werden muss, am Abend vor der Vorstellung die Probegeschichte wieder abgebaut werden muss und die Abendvorstellungsbühne wieder aufgebaut werden muss, mit enormen technischen Kosten und Aufwendungen, sodass der wichtigste und größte Wunsch von Herrn Dr. Nebel und dem damaligen Intendanten der Wunsch war, endlich eine Probebühne zu bekommen. Wir haben lange dort diskutiert und dann ist immer eine Geschichte gekommen, die da gelautet hat, naja man hätte ja neben an Platz, aber da geht es um einen Konkursfall, da geht es darum, dass ein ganz schwieriges Objekt

dasteht, das man mit mindestens 20 Millionen Schilling erst kaufen müsste, das im Übrigen ein Schandfleck ist, wo man auch eine Jugendbühne unterbringen könnte, wo man diese Probebühne bauen könnte. Aber derjenige, der das kauft, muss nicht nur das der Bank einmal wieder abkaufen dieses Baurecht dieses Gebäudes, sondern der muss es sanieren, der muss die bundesdenkmalgeschützten Auflagen erfüllen, weil dort war alles kaputt von oben bis unten und das wird ja wohl keiner tun. Dann hat der Altbürgermeister und ich versucht, jemanden zu finden, der dieses Wagnis eingeht; der wollte von uns aber vorher eines wissen, wird er jemals dort, wenn er das Baurecht eingeht, auch halbwegs rechnerisch darstellen können und das war damals der Herr Gollenz und die Firma Acoton, die gesagt hat, gut, wir kaufen das. Dann bemühen wir uns gemeinsam, das endlich zu erreichen, weil die andere Ausweichbühne und Probebühne wäre in St. Peter gewesen, dort wo die großen Bühnenrequisiten alle lagern und dort haben die Vereinigten Bühnen und Intendanten gesagt, kommt nicht in Frage, weil das Hin- und Herfahren aller Künstler etc. und das Abwickeln dort kostet auch so viel Geld, das tun wir nicht. Das Grundinteresse der Stadt und des Landes war, die Probebühne zu ermöglichen und den vor sich hin schimmelnden und desaströsen Zustand dieses Hauses wieder zu verändern und mitten in der Stadt, neben unserem Opernhaus, was Ordentliches zu bekommen. Im Übrigen haben wir zum damaligen Zeitpunkt auch die Oper saniert und wir haben auch die Garage vergrößert, weil die war damals nur auf einer Straßenseite und sie ist dann herüber durchgezogen worden mit Anschluss bis zu den Bühnen. War auch nicht einfach, war ein Riesenprojekt mit dem Nachfolgeunternehmen Bruscha mit dem Herrn List aus Wien, wo wir dann verhandelt haben. Das ist alles geglückt mit Riesenbaustellen, Opernring immer teilweise gesperrt und, und, und. Das haben wir alles gehabt, dann hat er das gekauft, der Herr Gollenz, wir haben vorher Diskussionen drüber gehabt, ob diese Kubatur überhaupt möglich ist, weil, um die Probebühne zu bauen, muss man mit der Stadt was vereinbaren und mit dem Land, um den bundesdenkmalgeschützten Bereich herzustellen und damit sich das gesamte Objekt rechnet, braucht man eine zusätzliche, wirtschaftlich Kubatur, die aus der damaligen Sicht der Stadt Graz über

dem denkmalgeschützten Bereich hätte draufkommen sollen. Stadt hat grünes Licht gegeben und hat gesagt, die Baudichte, das verträgt es dort, ursprünglich hat man ja auch etwas Größeres neben der Oper geplant. Danach haben wir, der Herr Gollenz hat es gekauft von der Firma Acoton, danach hat es einen Wettbewerb gegeben von Seiten der Stadt Graz. Wir haben Architekten genannt, einen Tag vor dieser Jurysitzung ist der damalige Stadtplanungschef aus der Jury herausgegangen, das Wettbewerbsergebnis wurde zwar präsentiert, aber vom ersten Tag an dann nur mehr kritisiert. Es gab dann alle möglichen Versuche quasi darzustellen, dass das untragbar wäre, so etwas zu bauen, wir haben einen Vertrag abgeschlossen, einen beinharten, der auch nachträglich geprüft wurde, der auch gezeigt hat, dass der Herr Gollenz um 70 Millionen Schilling diese Probebühne in Auftrag bekommen hat, er hat, glaube ich, 12 Millionen dabei draufgezahlt, das war sein Risiko, aber es war nicht sein Risiko, dass er dann zehn Jahre lang, eigentlich jetzt schon über, ich glaube über zehn Jahre lang überhaupt keine Chance auf die Realisierung einer solchen Kubatur bekommen hat und damit sind die Investitionen von ihm niemals rechnerisch dagewesen und wir wollen ihm auch in punkto Probebühne nichts schenken oder sonst was, aber mir war es wichtig, jetzt auch wirklich Partnerinnen und Partner zu finden, die sagen, es ist an der Zeit, dass wir diesen Problemfall lösen und man kann entscheiden und sagen, gut, wir tun nichts und dann soll prozessiert werden und dann streiten wir ein paar Jahre lang und vielleicht geht was in Konkurs und dann kaufen wir es halt wieder heraus, alle diese Möglichkeiten waren da. Wir sind aktiv auf die Suche gegangen und gestern war ich nicht nur überrascht, ich war gestern wirklich sauer, wenn ich in einer Tageszeitung lesen muss, Husch-Pfusch. Wir haben, und da bin ich Frau Dr. Celedin dankbar und auch dem Herrn Baudirektor und allen, wir haben gesagt, wir bringen zuerst wieder diese UNESCO- und Icomos-Debatte in Ordnung, weil sie ja am Rande der Altstadtzone liegt und wir wollen eigentlich nur was bauen, was zur Architektur und Designstadt Graz passt, da ist viel gelungen und jetzt haben wir, aus meiner Sicht, eine architektonische Lösung gefunden, die auch vom Nutzer akzeptiert wird, dazwischen gab es noch diese Europavergabefrage, wir haben im Wirtschaftsministerium damals angefragt und es ist uns klar gesagt worden,

wie wir es zu tun haben. Im Nachhinein haben wir, weil es eine Anzeige aus Graz sehr professionell bei der Europäischen Union gegeben hat, festgestellt, wir hätten auch das Baurecht ausschreiben müssen, auch dann, wenn nur einer anbieten kann, ganz interessant, muss man hineinschreiben, Nutzbarmachung, keiner hätte anbieten können, außer einer, der nämlich diese Nutzungsrechte hat, das wurde übersehen, aufgrund dessen drohten Strafzahlungen. Daraufhin hat der Herr Gollenz den bereits genehmigten Komplex des Hotels nicht gebaut und er wollte auch mit uns gemeinsam jetzt schaffen, dass weder die Stadt noch er dauernd mit einem Bauwerk in der Zeitung steht, das angeblich nicht in die Architekturstadt passt, wobei man aber auch noch diskutieren könnte, weil was man dem Gewinnerarchitekten da auch öffentlich angetan hat, sollte man eben auch einmal sich anschauen, das war auch alles andere als ein würdiges Schauspiel, weil der hat einen Architekturwettbewerb gewonnen, er ist ein renommierter Architekt und sehr viele haben, wie gesagt, auch seine Leistungen da hingehichtet öffentlich und er hat es sich gefallen lassen und ist da gar nie auf Angriff übergegangen. Jetzt haben wir es geschafft, dass Icomos, UNESCO und ASVK sagen, ja in der Form mit der Verteilung der Kubaturen machen wir das. Jetzt haben wir einen Mieter gefunden, der aus meiner Sicht schon unglaublich lange wartet, weil seit eineinhalb Jahren wird er von uns vertröstet, dass es vielleicht irgendwann einmal zu diesem Beschluss kommt. Wir können den auch nicht fassen, dann ist der Mieter weg, dann fängt das Ganze wieder von vorne an. Also ich habe mich einmal bemüht, dass wir diese bauarchitektonischen Fragen und Weltkulturerbefragen klären und das war kein Husch-Pfusch, das war eine Riesearbeit und da danke ich auch allen in meinen Bauämtern bis zum Herrn Baudirektor und Frau Dr. Celedin, dass das geglückt ist. Dann habe ich den Gerhard Rüschi gebeten, habe ich gesagt, schlage einfach Lösungen vor, alle die dir einfallen, die Debatten hatten wir da, manche haben es im Übrigen die letzten Tage wieder vergessen. Dann sind wir draufgekommen, wie schwierig das zu lösen ist, aber es gibt eine Lösung, die mit einem Risiko behaftet ist, ja, das ist es. Aber wir haben dort zu 70 % einen Einmieter, den wir kennen, das sind die Vereinigten Bühnen, der Großteil Objekte waren immer vermietet, es ist dort kein schlechter Geschäftsgang und wir

sollten auch alles tun, dass rund um unsere Oper kein zugesperrtes Haus da ist und ich stehe dazu, dass wir das irgendwann einmal lösen müssen. Es wird nicht ganz ohne Risiko abgehen, das weiß ich auch, deswegen haben wir auch ein besonders Modell entwickelt, das uns letzten Endes auch den vorzeitigen Einstieg in das Gesamtgebäude wieder ermöglicht. Eines Tages wird es auch wieder uns gehören, weil der Grund dort gehört uns, und der ist untrennbar auch mit den Vereinigten Bühnen und mit unserem Opernhaus verbunden. Deswegen kam auch nie ein Verkauf oder sonst was überhaupt in Diskussion, auch das hätte man tun können, dann hätten wir es vielleicht leichter erledigt. Es sind drinnen seit diesem Zeitpunkt im Übrigen auch unsere Jugendbühne, die sehr erfolgreich ist und es hat auch funktioniert. Ich will gar nicht dazu sagen, was ich aushalten musste mit all den Verquickungen und Verstrickungen und Unterstellungen, die an meine Person damals gegangen sind. Politik kann wehtun, manche erfahren, manche haben das Glück, dass sie es nicht erfahren. Das waren Dinge, die wünsche ich keinem und mehr als einen Seelenstrip, das habe ich damals gar nicht machen können, weil auf einmal werden dir die schlimmsten Machenschaften unterstellt und alles mehr. Ich will das da nur noch einmal wiederholen, weil das gehört zu den Kapiteln, die ich niemandem wünsche und die mir selber weh getan haben, weil ich habe eine Ehre im Leib und was ich da über mich ergehen lassen musste über Jahre hinweg, ist fast unerträglich. Ich versuche, ein ordentlicher Mensch zu sein und bereichere mich gar nichts, aber all das war da immer mit im Spiel. Ich bedanke mich heute wirklich bei allen, die mithelfen, dass dieser ursprüngliche Schandfleck jetzt wegkommen wird, ich wünsche mir vom ganzen Herzen, dass das ein so architektonisch schönes Projekt wird, wie es sich auch die gewünscht haben, die jetzt noch einmal das verbessert haben und ich wünsche auch dem Unternehmen Acoton, dass er die Mieter haben wird, dass wir nicht in Ziehung kommen werden, dann haben wir eh wieder die Debatte, aber manchmal muss die Politik auch Flagge zeigen, ob einem die Baustelle recht ist und die Probleme oder ob man was anpacken will, und das wollte ich Ihnen heute noch sagen. Ich bin über manche wirklich verwundert, die von Anfang an diese Problemstellungen gekannt haben und irgendwann muss man wieder unterscheiden

zwischen dem politischen Agieren und dem, was man vielleicht auch der Stadt schuldig ist und ich weiß, dass sich da vielleicht auch manche dabei aufregen, aber ich fühle das so im Innersten und ich bin von manchen wirklich enttäuscht, die gesagt haben, das werden wir nicht mittragen, da ist es mir lieber, wir haben einen Prozess und das bleibt so. Das ist die Chance, im Weltkulturerbe von Graz neben dem Opernhaus auch alle Wünsche der Bühnen etc. wieder zu befriedigen und dass das da herinnen kein Schandfleck ist, sondern dass das funktioniert und das war eine jener drei Baustellen, die uns schon lange beschäftigt, das Kommod-Haus, diese Geschichte und jetzt auch dieser Abriss von einem, laut Bundesdenkmalamt, nicht schützenswürdigem Haus und ich will das auch noch einmal sagen, diese vielen, vielen hunderten und tausenden Bauten und Baustellen in Graz sind ohne Probleme abgegangen und wenn einmal in Graz, und das wird nie anders sein, ist in jeder Stadt so, eine handvoll Projekte dramatisiert werden, dann können wir daraus lernen und das noch verbessern, das haben wir auch jedes Mal geschafft, aber mein Dank gilt heute, falls es durchgeht, all jenen, die das mittragen, das ist für mich einmal kein Schlusstrich und eine Geschichte, sondern das ist ein Neubeginn aus einem Konkurs und einer Problemzone heraus und vielleicht ist es so, das alte Sprichwort, wenn der Teufel Junge hat, dann hat er sehr viele, da ist viel daneben gegangen, aber es ist jetzt Chance, das zu verändern und deswegen würde ich mich freuen, wenn das endlich erledigt ist, sonst werden das wahrscheinlich noch viele Generationen debattieren und mit den Vereinigten Bühnen müssen wir sprechen. Frau Mag. Grabe, Sie haben Recht, eigentlich, wenn ich ein Haus habe und ich habe einen Nutzer und ich baue es um, dann muss ich auch dafür sorgen, dass wenn der Mieter es nicht nutzen kann, auch Sorge trägt und das zahlt. Wir wissen aber noch nicht genau, auch von Herrn Dr. Nebel, er wartet einmal auf den Beschluss, dann wird er das alles organisieren, er macht das auch gut, dass das kostengünstig über die Bühne geht, ich erwarte mir das auch, dass das, sage ich, der derzeitige Hausherr dann auch übernimmt, aber schauen wir einmal an, was da noch auf uns zukommt. Eines habe ich vorverhandelt, der zuständige, auch für die Bühnen zuständige Stadtrat Karl-Heinz Herper weiß das auch, Bettina Vollath als Landesrätin für den Kulturbereich hat ja damals auch sich zu Wort

gemeldet und gesagt, Achtung, wenn ihr das jetzt beschließt, dann müssen wir auslagern und da fallen Kosten an, vor allem wie schaut es auch aus mit den weiteren Anmietungen. Auf Wunsch des Herrn Dr. Nebel in den Vorgesprächen haben wir einmal angedacht, dass, wenn es jetzt zu mehr Flächen für die Vereinigten Bühnen in diesem Haus kommt, dass wieder gedrittelt wird, ein Drittel würde der Herr Dr. Nebel aus dem laufenden Budget schaffen und jeweils ein Drittel an diesen Mehraufwendungen müssten dann Land und Stadt wieder tragen und ich hoffe, dass das jetzt auch mit der geänderten Rolle der beiden Personen Finanzreferent und Kulturreferent des Landes dann auch wieder halten wird, aber damit werden wir uns auch einmal beschäftigen bei einem Stück, wo es um die Abdeckung der Abgänge der Vereinigten Bühnen dann wieder geht. Das war jetzt ein bisschen lang, aber ich wollte Ihnen das auch sagen. Manchmal glaubst du ja schon gar nicht mehr dran, dass ein Projekt überhaupt realisiert werden kann. Enttäuscht war ich nur, dass ich immer wieder auch von manchen gehört habe, das lassen wir drauf ankommen und noch einmal, weil Sie gesagt haben, mehr Privat weniger Staat, ich bin schon bei Ihnen, ich hoffe auch nicht, dass wir da wirklich in Ziehung kommen, aber man soll sich einmal, auch als Kommunist, in die Rolle eines Unternehmers versetzen, der im vollen Vertrauen mit der Stadt einen Weg gegangen ist, der ganz anders ausgegangen ist und dort geht es dann auch um Menschen, die vielleicht keinen Job mehr haben, wenn einmal was passiert oder auch andere dann übrigbleiben, wenn es zu einem Konkurs kommt. Alle Verträge, die wir gemacht haben, waren beinhart, das ist auch einer, der nicht leicht zu erfüllen ist und ich würde mir wünschen, dass das hält (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Frölich**: Gestatten Sie mir ein kurzes Schlusswort. Ich möchte insbesondere in meiner Fraktion als stellvertretender Vorsitzender des Finanzausschusses auf eines eingehen, wir haben es uns im Ausschuss sicher nicht leicht gemacht. Wir haben das sehr intensiv diskutiert, wir hatten den Herrn Dr. Pilz als Experten zur Verfügung, wir

hatten den Vertreter der Kanzlei Held zur Verfügung, wir hatten die hauseigenen Experten Mag. Schmalenberg, Stadtrechnungshof etc. und wir haben kontroversiell, aber gut diskutiert. Ich erachte es als Geringschätzung der vorbereitenden Ausschussarbeit, wenn du, Herr Stadtrat, dich hierherstellst, ein vorbereitetes Konstrukt präsentiert, wo Ziffern vorkommen, die in dieser Expertenrunde und in dieser Diskussion, wo überhaupt nicht erkennbar ist, was das soll. Warum hast du das nicht einmal deinen Mitgliedern im Finanzausschuss zur Verfügung gestellt, wir hätten sehr gerne inhaltlich über diese Dinge diskutiert und glaube mir, wir wären zu einem guten Ergebnis gekommen, ob Pro oder Kontra. Ich halte das für eine Vorgangsweise, die einfach die vorberatende Tätigkeit der Ausschüsse geringschätzt. Danke (*Applaus ÖVP*).

StR. **Herper** zur Geschäftsordnung: Ich habe noch einen Antrag zur Geschäftsordnung als Klubobmann der SPÖ-Fraktion. In Bezug auf die Haftungsübernahme hat das Stück ja weit reichende Konsequenzen, könnte sich für die Stadt ergeben. Seitens des SPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich den Antrag auf namentliche Abstimmung nach § 31 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat und beantrage ihn hiermit.

Der Antrag über namentliche Abstimmung wurde mit Mehrheit abgelehnt.

StR. **Herper**: Gemäß § 31 Abs. 6 verlangen wir namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs in der Verhandlungsschrift, dass jene Mitglieder, die gegen diesen Antrag stimmen, namentlich angeführt werden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, wird im Protokoll so vermerkt werden.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen (31 : 24).

Namentliche Abstimmung der Gegenstimmen:

SPÖ: GRin. Mag.^a Susanne Bauer
GR. Klaus Eichberger
GRin. Waltraud Haas-Wippel
GR. Mag. Gerald Haßler
GR. Karl-Heinz Herper
GR. Wilhelm Kolar
GRin. Dagmar Krampfl
GR. Andreas Martiner
GRin. Edeltraud Meißlitzer
GRin. Dr. Nuray Richter-Kanik
GRin. Mag.^a Dr. Karin Sprachmann

Grüne: GR. Heinz Baumann
GRin. Sigrid Binder
GRin. Mag.^a Dipl.-Ing. Daniela Grabe
GR. Peter Hagenauer
GRin. Christina Jahn
GRin. Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner
GR. Stefan Schneider
GR. Dr. Gerhard Wohlfahrt

KPÖ: GRin. Ingeborg Bergmann
GR. Manfred Eber
GR. Mag. Andreas Fabisch
GRin. Gertrude Schloffer
GRin. Mag.^a Ulrike Taberhofer

Berichterstatterin: Bgm.-Stvin. Rücker

NT 24) A 8 – 41291/2009-26

Stadtbaudirektion,Neugestaltung Annenstraße,1. Projektgenehmigung über€ 8.300.000,- in der AOG 2010-20132. Ausgabeneinsparung von € 750.000,-
in der AOG 2010

NT 25) A 10/BD-12408/2004-11

A 10/8 – 18860/2010-3

A 14-018190/2008-13

Neugestaltung Annenstraße undBegleitmaßnahmenProjektgenehmigung über € 8,3 Mio.(inkl. USt)Zuständigkeit des Gemeinderates gemäßStatut der Landeshauptstadt Graz § 45,Abs. 5

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Hier geht es um das Stück zur Neugestaltung Annenstraße und um die Begleitmaßnahmen dazu. Wer sich erinnert, aus der letzten Gemeinderatsperiode war mit dabei, als Zeit für Graz einige Projekt entwickelt hat, die als bedeutsame Aussicht der Bürger/Bürgerinnen eingeschätzt wurden. Eines davon war, mit der Annenstraße endlich einen Schritt weiterzukommen, nachdem ja die Annenstraße schon mehrere Jahrzehnte die Stadt Graz beschäftigt, ist, denke ich mir der heutige Beschluss ein wichtiger, weiterer Schritt, um wirklich zu einer Neugestaltung der Annenstraße selbst, aber auch des gesamten Umfeldes eines sehr interessanten Stadtbezirkes, ich würde sagen, das Annenviertel hat den Namen sehr gut oder gibt dem Ganzen einen sehr guten Namen, das heißt, alles, was um die Annenstraße passiert, aber auch in der Annenstraße, erhält durch die nächsten Schritte, die heute beschlossen werden, eine Chance wieder in eine spannende aber auch zukunftsreicheren Entwicklung zu gehen, auch wenn man ganz klar sagen muss, dass nicht alles an Totjammern, das in den letzten Jahren stattgefunden hat, immer auch gestimmt hat. Nicht alles war schlecht an der Annenstraße bisher, aber einiges ist dort an Wünschen da aus der Bevölkerung und in diesem Stück wurde einiges davon aufgegriffen. Worum geht es? Einerseits geht es darum, dass eine Chance und ein Zeitfenster genutzt wird, es ist so, dass ab nächstem Jahr in der

Annenstraße Schienenbaumaßnahmen stattfinden, die aufgrund der rechtlichen Vorschriften notwendig sind und damit sowieso in den Straßenraum eingegriffen wird. Ein zweites Zeitfenster ist die schon in Bau befindliche Nahverkehrsdrehscheibe und alles, was rund um den Bahnhof dank eines großen Investments der ÖBB, aber eben auch der Stadt Graz und des Landes Steiermark dazu führen wird, den öffentlichen Verkehr beim Bahnhof oben unter die Straße zu bringen und damit auch zu beschleunigen und mit einer höheren Kapazität auszustatten. Diese zwei wichtigen Achsen sind die Grundlage dafür, dass wir schon vor zwei Jahren begonnen haben, die Annenviertel-Entwicklung gut vorzubereiten. Es geht nicht nur um eine verkehrliche Maßnahme und es geht auch nicht nur um einzelne Platzgestaltungen, es geht um ein gesamtheitliches Konzept, in dem BürgerInnenbeteiligung groß geschrieben wurde und wird. Es gab vom Anfang an anfangs mit Unterstützung der Theatergruppe Intereck bis hin zu einem jetzt laufenden Stadtteilquartiermanagements die Einbindung von BürgerInnen, die viele Wünsche eingebracht haben, es sind die Anwohner eingebunden, die Betriebe, MigrantInnen, behinderte Personen, Kinder, Menschen, die dort leben, die dort wohnen, die aber auch die Annenstraße regelmäßig nutzen. Deren Wünsche wurden aufgegriffen, und ein wesentlicher Wunsch dabei war, die Verkehrsberuhigung und eine neue Gestaltung der Annenstraße, was die räumlichen Verhältnisse anbelangt, als Grundlage zu sehen, um einer Wiederbelebung und einer stärkeren Attraktivierung dazu beizutragen. Es geht um Begegnungsräume, es geht um Flanieren, um Barrierefreiheit, um eine kinderfreundlichere Gestaltung, um die Möglichkeit, den Straßenraum auch für Gastgärten, aber eben auch für mehr Platz für FußgängerInnen und für Aufenthalt sicherzustellen. Die Annenstraße ist eine alte (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) legendäre Straße in dieser Stadt, sie hat ursprünglich Annastraße geheißen und hat im Zuge der Entwicklung und sehr starken Automatisierung leider massiv gelitten, weil sie sehr lange dem Auto nach ausgebaut wurde, jetzt wird sie wieder den Menschen nach umgebaut und es geht um die Erhöhung der Aufenthaltsqualität, um die Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühles, um eine platzartige Gestaltung unterschiedlicher Plätze und

ihnen auch individuell ein neues Bild zu geben, da geht es darum, dort auch sitzen zu können bis hin zu Grünraumelementen, und im Bereich der Verkehrsführung gibt es eine von Anfang an mit den AnwohnerInnen und auch mit den dortigen Betrieben diskutierte Entscheidung, dorthin eine Einbahnführung vorzunehmen, die stadteinwärts stattfindet. Wesentlich breitere Gehwege, eine viel bessere Zugänglichkeit der Haltestellen und eine Radachse Richtung Bahnhof als eigene Achse in die Stadt hinein, direkt auf der Fahrspur mit dem motorisierten Individualverkehr. Platz schaffen in der Annenstraße heißt natürlich auch Parkplätze müssen daran glauben, das macht in der Annenstraße sehr viel Sinn, weil dort im Umfeld 2.800 Parkplätze, also die Größenordnung der zur Verfügung stehenden Stellflächen in Garagen aber auch an der Oberfläche ist bei 2.800, die Garagen im Umfeld sind zum Teil nur bis zu 30/40 % ausgelastet und gleichzeitig kann damit an der Oberfläche wesentlich mehr Platz gewonnen werden. Ladetätigkeit ist in der Annenstraße auch weiterhin möglich beziehungsweise auch besser möglich, als sie derzeit möglich ist, weil dafür eigene Zonen geschaffen werden. Noch einmal ein Wort zum Stadtteilmanagement. Da möchte ich auch ganz besonders danken der Stadtteilmanagementbeauftragten Frau Mag. Simone Reis und dem Team um sie herum in der Baudirektion, die in vielen Veranstaltungen, in vielen Diskussionen immer wieder versucht haben, auch die Nähe zu den Wünschen der BürgerInnen aufzubauen, und diese sind jetzt auch in die Unterlage im Detail eingeflossen. Was noch wichtig ist dazu, dass wir im Umfeld der Annenstraße eben auch im verkehrlichen Bereich Maßnahmen setzen, die der Verkehrsberuhigung dienen und der Aufwertung der Wohngebiete im Umfeld und, wie gesagt, es geht jetzt eben auch um die Ausschreibung eines Wettbewerbsverfahrens, das nach dem vorliegenden Beschluss in einem Architekturwettbewerb stattfinden soll. Es soll die Möglichkeit sein, die Platzgestaltungen auch individuell zu bewerten, das heißt, es muss nicht sein, dass ein Team für die ganze Annenstraße gewinnt, sondern dass es durchaus unterschiedliche Teams gibt, die in der Annenstraße die Platzgestaltungen entwickeln werden, der Entwurf der Auslobungsunterlage ist verteilt worden, er ist sehr ausführlich und kann auch von den Ausschussmitgliedern inzwischen eingesehen

werden, den haben alle bekommen. Zur Projektabwicklung, die Projektleitung liegt eben in der (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) Stadtbaudirektion, da ist auch die Projektsteuerung angelegt, die gemeinsam in abgestimmter Form mit der GVB, mit der Holding unter Beiziehung externer Fachleute stattfindet. Es gibt eine Projektsteuerung, die im Wesentlichen die Koordinierung der Planungs- und Bauleistungen, Termin- und Kostenverfolgung etc. betrifft. Aber es gibt eben auch Vernetzungsstrukturen hin zum Bereich des Wirtschaftsressorts, es ist der Citymanager eingebunden, das heißt, es ist ein ganzheitlicher Ansatz, der hier verfolgt wird und regelmäßige Jour fixe und Treffen auch mit den örtlichen angesiedelten Großbetrieben sind Teil der regelmäßigen Bearbeitung. Zu den Projektkosten, die teilen sich die Baudirektion und das Verkehrsressort, wobei die Baudirektion 7,3 Millionen Euro finanziert, 300.000, das möchte ich noch extra erwähnen, sind vorgesehen, um in der Kommunikation, insbesondere auch hin zu den Betrieben den ganzen Baustellenablauf gut begleiten zu können, denn wir wissen aus anderen Bereichen der Stadt, dass Baustellen für Betriebe, vor allem, wenn sie so lange dauern, eine große Herausforderung sind, aber wir sehen auch, letzte Woche in der St.-Peter-Hauptstraße gab es eine Veranstaltung mit den dortigen Betrieben, sehen wir, dass es durchaus auch sehr zufriedenstellend laufen kann, wenn die Kommunikation funktioniert (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), deswegen auch dezidiert ein Betrag, der dafür vorgesehen ist. Die Begleitmaßnahmen im verkehrlichen Bereich werden mit einer Million aus meinem Ressort bestritten. Der Stadtrechnungshof hat geprüft, hat sich grundsätzlich zur Bedarfsprüfung positiv geäußert, hat einige kritische Anmerkungen gehabt zum Thema, wie detailliert die Sollkostenberechnung ist, wir haben das heute sehr intensiv und auch gestern schon diskutiert. Ich denke, die Stellungnahme wurde eben auch gestern an die Klubs übermittelt. Ja, die Neugestaltung Annenstraße/Annenviertel wird einerseits eine lange Baustelle bedeuten, aber andererseits wird sie eines der spürbaren Projekte sein, es wird einen Eingriff geben, es wird sich die Verkehrsführung ändern, aber es wird eine große Chance sein für eine Achse zwischen Bahnhof und Innenstadt, die in Zukunft wieder sehr stark

gewinnen kann. In dem Sinn bin ich sehr froh, dass wir auch heute nach ausführlichen Diskussionen im Ausschuss möglichst viele gewinnen können, hoffentlich dem zuzustimmen. Wenn man die Achse Annenstraße kennt, ich darf dort selbst leben, die an einer sehr spannenden Ecke der Stadt stattfindet, und zwar sehr stadtnahe zwischen Gries und Lend, wo sich sehr viel Veränderung immer wieder getan hat, wo immer Zuwanderung, Zuzug genauso ein Thema war wie auch immer wieder neue Entwicklung von neuen Strukturen, wir sehen das, dass dort wieder viele junge Leute hinsiedeln, dass dort wieder Familien ansiedeln, das heißt, hier kann Spannendes passieren, eine räumliche Gestaltung kann dazu beitragen und kann einen Anreiz schaffen, dass dort wieder Neues stattfindet, das ist das, was die Rahmenbedingungen sind, die die Politik herstellen kann. Alles wird jetzt noch nicht absehbar sein, was sich tut, aber wir sehen aus gestalteten Bereichen, ob es jetzt die zuletzt gestaltete Reitschulgasse ist oder ob wir es aus der Mariahilfer Straße kennen oder aus der frühen, damals auch umstrittenen Entscheidung, die Herrengasse zu einer Fußgängerzone zu machen, sehen wir, was das für diese Bereiche an Aufwertung gebracht hat unter neuer Nutzung im Sinne der Menschen. In dem Sinn wünsche ich uns eine positive Abstimmung und ich denke, wir werden noch öfters über dieses Projekt hier herinnen reden, denn weitere Schritte werden auch hier herinnen wieder zur Diskussion gestellt werden. Ich ersuche um Annahme (*Applaus Grüne*).

Zu NT 24):

Die Berichterstatterin stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 und § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 42/2010 beschließen:

1. In der AOG 2010-2013 wird die Projektgenehmigung „Neugestaltung Annenstraße“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 8.300.000,- im Rahmen der AOG-Programme 2006-2010 bzw. 2011-2015

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2011	MB 2012	MB 2013
Neugestaltung Annenstraße	8.300.000	2010-2013	2.600.000	3.500.000	2.200.000

beschlossen.

2. In der AOG des Voranschlages 2010 werden die Fiposse

5.61200.002000 „Straßenbauten, Stadtgalerie“

6.61200.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“

um je € 750.000,- gekürzt.

Zu NT 25):

Die Berichterstatterin stellt namens des Gemeindeumweltausschusses und des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Dem vorliegenden Motivenbericht wird zugestimmt.
2. Die Projektgenehmigung in der Höhe von € 8,3 Millionen zur Neugestaltung der Annenstraße und Begleitmaßnahmen wird erteilt. Die Bedeckung erfolgt über die im parallelen Finanzstück vorgesehenen Voranschlagsstellen.
3. Die Freigabe zur Auslobung des durch das Stadtplanungsamt vorbereiteten Wettbewerbsverfahrens wird erteilt.
4. Die Stadtbaudirektion wird beauftragt, koordinierend mit den betroffenen Magistratsabteilungen, den Wirtschaftsbetrieben sowie der GVB/Bereich

Gleisbau die erforderlichen Schritte zur Vorbereitung der Rahmenbedingungen für die Ausführungsplanung und die Baudurchführung einzuleiten.

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Das Stück ist ausführlichst besprochen worden, wir haben im Ausschuss über zwei Stunden debattiert, daher werde ich mich hier etwas kürzer halten. Wir Freiheitliche stehen der Neugestaltung natürlich positiv gegenüber, das betrifft die Beleuchtung, das trägt ja zur Sicherheit bei, als Sicherheitspartei können wir hier gar nicht dagegen sein, es soll belebt werden, Platzgestaltung, Renovierung, das alles ist in Ordnung. Dann kommen wir gleich zu dem Punkt, warum wir hier nicht mit stimmen werden, das ist natürlich die Verkehrsführung, die hier nur einseitig betrachtet, eine Einbahn stadteinwärts vorsieht. Hier wissen wir noch nicht, wie sich das auswirken wird, es wird vermutlich dazu kommen, dass in der Keplerstraße viereinhalbtausend Kfz mehr in die Keplerstraße fahren werden, gerade am Abend ein großes Problem. Wer die Keplerstraße kennt, steht hier natürlich weiterhin im Stau und das betrifft genauso den öffentlichen Verkehr wie den Individualverkehr. Diese Änderungen oder unsere Änderungswünsche haben wir diskutiert im Ausschuss, wir haben den Änderungsantrag eingebracht, nur ist er leider in der Minderheit geblieben, außer den Kommunisten und unseren Stimmen haben wir hier keine Mehrheit erreicht. Die Frau Vizebürgermeisterin wird sagen, wir Freiheitlichen, klar, wir haben wieder die Autofahrerlobby vertreten und uns geht es nur um den Stärkeren und um das Auto, das stimmt hier nicht, uns geht es um ein Miteinander, die Annenstraße funktioniert auch perfekt, wenn hier Fußgänger, Radfahrer, der Straßenbahnverkehr und der Kfz-Verkehr in beiden Richtungen abgewickelt wird, das wollen wir beibehalten wissen und nicht wieder hier einseitig auf die Autofahrer losgegangen wird, was ja in Zukunft dann auch mit den Geschäftsansiedelungen ein Problem geben wird. Dann ein zweiter Punkt noch, es wird hier jetzt nur von der Umbaugestaltung der Straße

gesprochen, das ist zuwenig, das hat der Herr Stadtrechnungshofdirektor auch im Ausschuss und in seinem Bericht erwähnt. Wenn hier keine Wirtschaftsförderung stattfindet, wenn sich hier nichts ändert, wird die Umbaumaßnahme alleine natürlich zuwenig sein, dass sie attraktiv wird die Straße, dass sich ein Geschäfte-Mix ansiedelt, da braucht es natürlich Initiativen in der Wirtschaft, da ist auch die Frau Wirtschaftsstadträtin, die Frau Grabner, gefordert, dass sie hier nicht nur Jakomini im Auge hält, sondern auch natürlich in Lend hier eine bessere Gestaltung macht. Deshalb ja zur grundsätzlichen Neugestaltung, aber aufgrund der Verkehrsführung können wir heute dem Stück keine Zustimmung geben (*Applaus FPÖ*).

GR. Hagenauer: Ich möchte kurz, nicht zuletzt dem Kollegen Lohr, antworten. Vorweg ein paar persönliche Anmerkungen, wenn Sie mir gestatten. Sie sehen, ich bin vom Alter her schon etwas angezählt, meine frühen Kindheitserinnerungen gehen zurück in eine Phase, wie noch die Bombenlücken am oberen Teil der Annenstraße zu beobachten und noch vorhanden waren. Und ich habe dann später als Fahrschüler, Ende der 50er, in den 60er-Jahren, Anfang der 60er-Jahre diese Phase erlebt, wo dann die Annenstraße einen ungeheuren Aufschwung erlebt hat und eigentlich die Geschäftsstraße war in Graz und der Kommunikationspunkt war. Mehr als etwa die Herrengasse, weil dort einfach ein Geschäft neben dem anderen war und Massen von Menschen dort jeden Tag durchmarschiert sind. Jetzt können Sie sagen, na gut, wir haben jetzt die Einkaufszentren, wir haben andere Einkaufsgewohnheiten, das stimmt nur zum Teil, eines ist geblieben, nämlich die schon erwähnte Struktur und einmalige Konstruktion einfach dieser Straße. Nämlich in relativ geringer Entfernung vom Zentrum zum Hauptbahnhof und dahinter noch die Entwicklungsgebiete im Westen, in Eggenberg. Das sind Voraussetzungen, die sind nach wie vor da, ganz abgesehen von der einmaligen Lage, der Blickwinkel, den man hat, wenn man vom Bahnhof hinunter kommt Richtung Zentrum und umgekehrt. Die Annenstraße hat also ein ungeheures Potential nach wie vor und es ist eines sicher, wenn man jetzt

von Risiken spricht, wir haben das heute im Ausschuss getan, wenn man von Risiken spricht, eines ist ganz sicher, Herr Kollege Lohr, weil Sie das Problem angesprochen haben der Wirtschaft, wenn wir die Wirtschaft fördern wollen in diesen Straßenzug, dann nennen Sie mir ein Beispiel in ganz Europa, wo die Verkehrsberuhigung inklusive Fußgängerzone der Wirtschaft geschadet hätte, da war immer das Gegenteil der Fall. Das heißt, und das bringt mich zum nächsten Punkt, Sie haben jetzt auch wieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf ich noch ganz kurz um ein bisschen Aufmerksamkeit bitten, ich halte es (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), damit sie mich auch besser verstehen, dieses Projekt ist nicht nur irgendeines für den gesamten Grazer Westen und daher für die Stadt enorm wichtig, dieses Projekt ist aus meiner bescheidenen Sicht auch ein Schlüsselprojekt und ein symbolisches Projekt für das, ob in der Stadt Graz das Bewusstsein, und zwar nicht nur hier bei uns in der Politik, sondern auch in der ganzen Bevölkerung, Platz greift und sich verfestigen kann, dass in dieser Stadt was weitergeht. Sind Sie mir nicht böse, die Kolleginnen und Kollegen von den anderen Fraktionen, ich hatte nicht den Eindruck, dass dieses Bewusstsein in den letzten Jahrzehnten sich so sehr entwickelt hat. Es hat relativ viel Leute gegeben, die haben damit gehadert, was in der Stadt weitergeht, also eine Aufbruchsstimmung und das Gefühl, dass hier etwas, vor allem in den inneren Bezirken auch Stadtentwicklung möglich ist, halte ich für wichtig und genau dafür steht dieses Projekte (*Applaus Grüne*). Und jetzt noch einmal zurück zum Kollegen Lohr. Ich mache es ganz kurz. Es gibt zwei Möglichkeiten, Herr Kollege, Sie haben jetzt wieder, obwohl Sie schon mehrfach darauf aufmerksam gemacht worden sind, dass Sie vorsichtig sein sollen bei diesen Äußerungen und dass das nicht stimmt, Sie haben heute jetzt wieder brav heruntergebetet, zusätzlich 4000 Autos werden verlagert in die Keplerstraße. Die 4000, für die Nichteingeweihten, sind die, die in der Annenstraße jetzt fahren. Jetzt abgesehen davon, dass man heute schon anschauen kann, was in der Keplerstraße passiert, weil die Annenstraße ist ja jetzt de facto schon zu, ist es so, dass natürlich nicht diese ganzen 4000 in die Keplerstraße verlagert werden, auch nicht in beide, in die Josef-Huber-Gasse, sondern wir wissen, 30 % der Fahrten in Graz gehen nur über drei Kilometer. Was lernen wir daraus? Es wird

gerade in den inneren Stadtbezirken natürlich durch genau das, was hier auch passiert, nämlich eine Aufwertung der Straßenbahn, zusätzliche Busse, die wir schon jetzt führen, wird es natürlich eine Verlagerung geben zu einem guten Teil, davon gehen wir aus, überhaupt weg vom motorisierten Individualverkehr zum öffentlichen, aber auch zu Radverkehr und dann wird natürlich auch die großräumige Möglichkeit bestehen, den Verkehr zu verlagern, für das haben wir ja Gürtelstraßen auch gebaut. Ich halte es für sehr bedauerlich, wenn die freiheitliche Partei zu solchen Methoden greifen muss, weil ich unterstelle Ihnen nicht, dass Sie die Argumente nicht verstehen, aber ich muss Ihnen leider festhalten aus Ihrer Äußerung, und sind Sie sich dessen bitte bewusst, Sie machen das ja wider besseres Wissen. Wenn Sie immer wieder von diesen Dingen reden, Sie machen ja wider besseres Wissen die Behauptung, dass dort der Verkehr in beide Richtungen fließen muss und dass das dann der Wirtschaft zugute kommt. Genau den Zustand haben wir ja jetzt, dass der Verkehr die Wirtschaft umgebracht hat in der Annenstraße, das ist ja das Problem und nicht die Lösung. Wenn Sie also wider besseren Wissens, solche Äußerungen machen, dann, und damit bin ich am Ende meiner Ausführungen, dann zeigt und beweist es nur eines, Sie verachten die Bevölkerung, Sie verachten Ihre WählerInnen, Sie täuschen sie mit Absicht und das halte ich für kein gutes Omen, und von wegen kein gutes Omen, Sie kennen die Farbe des neuen Verkehrsreferenten in der Landesregierung, da werden wir noch schauen, was das für uns bedeutet, für mich ist es leider kein gutes Omen, was da passiert ist und danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus Grüne*).

Die Tagesordnungspunkte NT 24) und NT 25) wurden mit Mehrheit angenommen.

Unterbrechung des Gemeinderates von 18.00 bis 18.40 Uhr.